

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 4 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 1.4.2009

## **Bankenrettung**

**S. 3**

Verkauf oder Fusion – wohin geht der Weg der Westdeutschen Landesbank? Die Opposition verlangte in Plenum und Haushaltsausschuss vom Finanzminister Auskunft über den Stand der Dinge.

## **Bewährungsprobe**

**S. 7-10**

Die Wirtschaftskrise: ein weltweites Phänomen. Kann die EU zu ihrer Überwindung beitragen? Werden die Ansichten der Regionen in Brüssel berücksichtigt? Erwartungen aus dem Landtag NRW.

## **Beratungsgau**

**S. 11**

Die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt haben das Vertrauen der Kundinnen und Kunden in die Banken zerrüttet. Zu Recht? Der Ausschuss für Verbraucherschutz fragte in einer Anhörung nach.

## **Bildungsbedarf**

**S. 13**

Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer soll verbessert werden. Über 130 Fachleute aus Wissenschaft, Schule und Praxis waren gefragt, das hierzu vorgelegte Gesetz zu kommentieren.

## **Europa und seine Regionen – gemeinsam gegen die Krise**

# Inhalt

<b>Inhalt/Blickpunkt</b>	<b>2</b>
<b>Zum Nutzen oder zum Schaden der Landesbank?</b>	<b>3</b>
<i>WestLB: Heftiger Streit in Aktueller Stunde des Landtags</i>	
<b>Kein Kinderspiel</b>	<b>4</b>
<i>Fraktionen einig: Kinderarmut lässt sich nicht auf die Schnelle bekämpfen</i>	
<b>Parlamentsmehrheit zeigt Verständnis für Ärzte-Protest</b>	<b>5</b>
<i>Debatte über Honorarreform und NRW-Benachteiligung</i>	
<b>Hohe Wogen</b>	<b>6</b>
<i>Kritik und Lob der Fraktionen für Wasserpolitik der Landesregierung</i>	
<b>Gemeinsam gegen die Wirtschaftskrise</b>	<b>7</b>
<i>Europäische Maßnahmen müssen regional ausgerichtet sein</i>	
<b>EU muss Impulse für langfristiges Wachstum setzen</b>	<b>8-9</b>
<i>Welchen Beitrag erwarten Sie vom europäischen Konjunkturprogramm konkret für NRW?</i>	
<b>„Europa eine Seele geben“</b>	<b>10</b>
<i>Die EU im Spiegel jüngster Debatten in Plenum und Ausschüssen</i>	
<b>„Wir wurden beraten und verkauft“</b>	<b>11</b>
<i>Öffentliche Anhörung zum Verbraucherschutz im Finanzsektor</i>	
<b>Gesetzgebung</b>	<b>12</b>
<b>Fürs Lehren lernen</b>	<b>13</b>
<i>Große Anhörung zur geplanten Reform der Lehrerausbildung</i>	
<b>Aus den Ausschüssen</b>	<b>14</b>
<b>Lücken schließen oder Zentren stärken?</b>	<b>15</b>
<i>Fachhochschulen vor Ort: Sachverständige zu geplanten Änderungen</i>	
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>16-17</b>
<b>„Wir müssen den Markt austrocknen“</b>	<b>18</b>
<i>Kampf gegen Kinderpornographie im Internet</i>	
<b>Porträt: Hans Theo Peschkes (SPD)</b>	<b>19</b>
<b>Harter Brocken für den FCL</b>	<b>19</b>
<b>Impressum</b>	<b>19</b>
<b>Meldungen</b>	<b>20</b>

Wiederkehrende Rubriken sind in Blau gekennzeichnet.

## Leserservice

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern abbestellen? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

# Geht's ohne die EU?

Der europäische Binnenmarkt – was wurde nicht schon alles über ihn geschrieben. Die Lokomotive für den europäischen Einigungsprozess sei er, so die Befürworterinnen und Befürworter eines möglichst freien Handels. Er berücksichtige nicht in ausreichendem Maße soziale und ökologische Kriterien, entgegneten Unterstützer eher gesellschaftspolitischer Modelle.

Nun aber, in Zeiten wirtschaftlicher Krise, stellt sich die Frage, ob man ohne den Binnenmarkt oder an ihm vorbei überhaupt eine Chance hat, das zu erreichen, was die Akteure in Politik und Wirtschaft anstreben, nämlich gestärkt aus dem aktuellen Abschwung hervorzugehen. Kann man glaubwürdig jahrelanges grenzüberschreitendes Wachstum, die Bildung immer größerer Konzerne verteidigen, um dann in der Rezession ausschließlich auf die Rettung der Arbeitsplätze im eigenen Land zu setzen? So einfach wird's nicht werden, dafür sind die Unternehmen europaweit, ja global zu eng vernetzt.

## DAS THEMA DER STUNDE

Was Not tut, ist nicht weniger, sondern mehr Europa. Das haben zum Beispiel die über 400 Jugendlichen beim Europäischen Jugendforum am 13. März 2009 im Düsseldorfer Landtag erkannt. Ein Europa, das jungen Menschen die Türen öffnet für grenzüberschreitende Bildung und Ausbildung. Ein Europa, das – gerade im grenznahen Bereich – immer stärker auch mittelständischen Unternehmen Handelsmöglichkeiten bietet und besonders für sie vorhandene bürokratische Hemmnisse abbaut. Ein Europa, das auch in der aktuellen Krise die langfristigen Ziele des Lissabon-Prozesses nicht vergisst und Impulse setzt im Kampf gegen den drohenden Klimawandel, für den Umweltschutz und für ressourcenschonende Technik. All dies sind Themen, bei denen nur Zusammenarbeit und Handel über die Grenzen hinweg neue Wachstumschancen eröffnen – in einem Binnenmarkt eben, wie verbesserungsfähig er auch sein mag.

Der Landtag hat diese Herausforderung erkannt. Seit Jahren schon steht Europa im Fokus des Landesparlaments, sei es im wirtschaftlichen Bereich, sei es, wenn es darum geht, Menschen aus verschiedenen Kulturen zusammenzubringen. Aktuell wurde dies deutlich, als sich Abgeordnete aller Fraktionen in der jüngsten Plenarsitzung für ein bürgernahes Europa, für die herausragende Bedeutung der europäischen Integration aussprachen.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich diese Ausgabe im Schwerpunkt mit den Erwartungen der Landespolitiker an das europäische Konjunkturpaket, mit der Diskussion über neue Perspektiven der Zusammenarbeit im europäischen Raum. Es ist das Thema der Stunde. **cw**

# Zum Nutzen oder zum Schaden der Landesbank?

## WestLB: Heftiger Streit in Aktueller Stunde des Landtags

18. März 2009 – Aufklärung über die Situation der WestLB verlangten die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen und beantragten eine Aktuelle Stunde. Die Lage der Bank werde zerredet; dies gefährde Zukunftschancen, Arbeitsplätze und Landesvermögen, hielten die Regierungsfractionen von CDU und FDP entgegen. Nicht nur die WestLB selbst, sondern auch die Debatte über die Bank war also Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

„Wir Grüne stehen zu dieser Bank“, beteuerte **Ewald Groth** (Grüne) gleich zu Anfang seiner Rede, um dann fortzufahren: „Sie hat es nicht verdient, jede Woche negativ im Fokus zu stehen.“ Die Schuld hierfür trage Finanzminister **Linssen**. Sollte sich herausstellen, dass er bezüglich der Fusionsgespräche mit der hessischen Landesbank dem Parlament die Unwahrheit gesagt habe, müsse er politische Verantwortung übernehmen. Aufgrund von „Egoismen“, „Eifersüch-

desbank Baden-Württemberg, im Jahr 2007 absichtlich „hintertrieben“. Nun drohe in der Tat ein Notverkauf. Einzige Alternative: Die Bundeskanzlerin hole die Ministerpräsidenten an einen Tisch, damit sie gemeinsam eine Lösung für alle Landesbanken erarbeiteten. **Hannelore Kraft**, SPD-Fraktionsvorsitzende, ergänzte: „Wenn jemand die Bank schädigt, dann die, die ein Bieterverfahren vorantreiben.“

**Dr. Gerhard Papke** (FDP) sah die Hauptverantwortung für die aktuelle Schieflage der WestLB bei Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD). Er gebe privaten Banken, was sie wollten, verweigere der WestLB aber jede Hilfe. Die SPD, so Papke, lasse die WestLB fallen, weil sie sich davon einen Profit bei den Wahlen verspreche. „Aber wir werden die WestLB nicht auf den Markt werfen, nur weil es der eine oder andere in Brüssel vielleicht für opportun hält.“ Allerdings seien von 2002 bis 2004 unter rot-grüner Verantwortung ja auch 4,8 Milliarden Euro Verlust erwirtschaftet worden. 2008 hingegen werde unter schwarz-gelber Verantwortung trotz weltweiter Finanzmarktkrise eine schwarze Null erreicht. Sein Fazit in Richtung Opposition: „Sie haben die WestLB in Grund und Boden gewirtschaftet“, alles andere sei „Geschichtsklitterung“.



Fotos: Schälte

Ewald Groth (Grüne)

Gisela Walsken (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

teleien“, „Konzeptionslosigkeit“, „Uneinigkeit“ und „Irreführung“ seien alle Möglichkeiten einer Fusion mit anderen Landesbanken geplatzt. Es bleibe – aufgrund europäischer Auflagen – nur noch die Möglichkeit eines Notverkaufs mit Milliardenverlusten für das Land. Daher seien Gespräche mit den anderen Eigentümern, insbesondere den Landschaftsverbänden, dringend geboten.

„Sie haben am 12. März 2009 den Haushaltsausschuss belogen“, hielt **Gisela Walsken** (SPD) dem Finanzminister in puncto Fusionsgespräche vor. Hierfür müsse er sich entweder entschuldigen oder den ihm zugeschickten Fragebogen beantworten. Die jetzige Landesregierung sei nicht nur für einen drastischen Wertverlust der WestLB verantwortlich, sondern habe die einzig realistische Option, die Fusion mit der Lan-

„Politik der verbrannten Erde“ – **Christian Weisbrich** (CDU) ging mit der Opposition hart ins Gericht. „Alle anderen Landtage schützen ihre Landesbanken, nur Sie nicht“, wandte er sich an SPD und Grüne. Statt Mißtrauen zu schüren, wäre es richtiger, gemeinsam die Diskriminierung der WestLB durch EU-Kommissarin **Neelie Kroes** zu bekämpfen, sagte er. Diese verfolge eine Politik der Schlechterstellung der WestLB im Vergleich zu allen anderen finanzpolitischen Instituten. Dabei sei die Ursache für die Krise bei allen Landesbanken gleich. Statt gemeinsam gegen Brüssel vorzugehen, klinge sich die Opposition aber aus der Solidarität mit dem Bankinstitut aus. Dieses habe aber mit den guten aktuellen Zahlen sowie der Überarbeitung ihres Kreditgeschäfts und ihres Geschäftsgebahrens gerade neues Vertrauen gewonnen.

Die WestLB sei in bestimmten Geschäftsbereichen die beste Landesbank Deutschlands, so **Finanzminister Dr. Helmut Linssen** (CDU). Die Art der geführten Diskussionen untergrabe die Situation der WestLB und gefährde die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Seit August 2008 erörtere man die beiden Optionen „Zusammenschluss mit einer anderen Landesbank“ oder „Hereinnahme eines Privatinvestors“. Der letztere Weg werde nun als „Notverkauf“ diffamiert. Richtig sei allerdings, dass man die Bank vorher von risikobehafteten Papieren „säubern“ müsse. Hier müsse der Bund genauso helfen, wie er anderen privaten und öffentlichen Banken helfe, kritisierte **Linssen**. Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** (SPD). cw

Diskussion im Finanzausschuss siehe Meldung auf S. 14

Kinder auf der Besuchertribüne folgen der Debatte über das Schicksal mancher Gleichaltriger.

## Kein Kinderspiel

### Fraktionen einig: Kinderarmut lässt sich nicht auf die Schnelle bekämpfen

Foto: Schälte

18. März 2009 – Von der Landesregierung initiiert, bewerteten und debattierten die vier Fraktionen im Plenum den Auftakt zum Runden Tisch „Kinder in Not“, den die Landesregierung ins Leben gerufen hat. Unter Beteiligung aller Ministerien sollen Wege aus der anhaltenden Kinderarmut in Nordrhein-Westfalen gefunden werden. Ein Viertel aller Kinder in NRW sind arm oder von Armut bedroht.

Arm zu sein, so Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU), bedeute oft auch einen Mangel an Berufs- und Bildungschancen, Sozialkontakten, Anerkennung und Selbstbewusstsein. Die Kinder seien durch fehlende finanzielle Sicherheit und Perspektiven in sozialen Teilhabemöglichkeiten massiv eingeschränkt. „Wir dürfen im Kampf gegen Armut nicht nachlassen“, forderte der Minister – auch wenn dies nur langfristig erfolgreich sein könne. Kinderarmut habe früher nicht genügend Aufmerksamkeit in der Politik gefunden, begründete Laumann die Einrichtung des Runden Tisches, der neue Handlungsansätze und Lösungsstrategien innerhalb eines ressortübergreifenden, präventiven Handlungskonzepts erarbeiten soll und der künftig auch für die Beteiligung seitens der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Wirtschaft geöffnet werde.

Kinderarmut, betonte Britta Altenkamp (SPD), sei keine Folge von elterlichem Fehlverhalten, sondern vielmehr ein strukturelles Problem. Sie kritisierte, dass die Landesregierung die Aufzählung ihrer Einzelaktivitäten mal unter die Überschrift „Kinder in Not“ stelle, dieselben Maßnahmen aber auch schon einmal unter dem Dach der Integrationspolitik präsentiert habe und ein weiteres Mal unter dem Stichwort „Generationen“. Damit täusche sie ein Stück Aktivität vor. „Sie müssen Schwerpunkte setzen!“, forderte die SPD-Sprecherin. Zudem kritisierte Altenkamp, dass die Familienzen-

tren nicht schwerpunktmäßig in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf lägen. Ungleiches müsse man eben ungleich behandeln. Strukturelle Förderung gelinge nur, wenn man benachteiligten Vierteln besondere Förderung gewähre.

Als „herausforderndes Thema“ bezeichnete Walter Kern (CDU) die Aufgabe, mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe für alle Kinder in NRW zu erreichen. Der CDU-Politiker lobte den „Paradigmenwechsel in der Politik des Landes NRW“ und forderte, beim Kampf gegen Kinderarmut im Bewusstsein zu handeln, „dass der Weg das Ziel ist und dass die ständige Verbesserung besser ist, als auf den Idealzustand zu warten“. Er lobte die „kompetenten Partner“, die sich an der Seite der Landesregierung der gesellschaftlichen Aufgabe stellten. Die Beseitigung von Kinderarmut sei „kein Feld für politische Profilierungen“, mahnte er, und zudem auch eine Prioritätenfrage in der Kommunalpolitik vor Ort. Die Chancen der Kinder in NRW hätten sich seit der Regierungsübernahme verbessert, es bleibe aber noch viel zu tun.

Auch Dr. Stefan Romberg (FDP) sprach an, dass arme Kinder nicht die nötige Unterstützung bekämen, um ein gesundes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Kinderarmut habe vielfältige und komplexe Gründe und erweise sich als „tickende Zeitbombe“, wenn man sie ignoriere.

„Einzelmaßnahmen sind wirkungslos“, sagte der FDP-Abgeordnete. Daher sei der Runde Tisch richtig, um ein Gesamtkonzept, eine vernetzte Strategie zu entwickeln. Als wichtigen Baustein zur Bekämpfung der Armut von Jugendlichen nannte Romberg die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, die einen Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung bilde. Soziale Politik lasse sich nicht allein an materiellen Wohltaten messen, sondern verdiene ihren Namen erst, wenn sie sich dafür engagiere, Kinderarmut erst gar nicht entstehen zu lassen.

Barbara Steffens (Grüne) unterschied zwischen materieller und struktureller Armut. Zur ersteren prognostizierte sie, dass die Zahl der armen Kinder mit der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit der Eltern steigen werde: „Was wir heute haben, sind Zahlen von gestern.“ Daher forderte die Grüne Konzepte über das ohnehin nötige Handeln hinaus. Zur Bekämpfung der materiellen Armut der Eltern sei ein Mindestlohn notwendig. Hinsichtlich der strukturellen Armut führte sie aus, dass die Regierung bei der Bildung zwar ein massives Problem sehe, trotzdem aber bei ihrer „Lebenslüge des sozial spaltenden Schulsystems“ bleibe. Viele Initiativen der Landesregierung seien kleine Puzzlesteine, aber keine systemischen Ansätze. Insofern kritisierte sie abschließend: „Da, wo es Geld kostet, hören Sie auf zu handeln.“

SOW

# Parlamentsmehrheit zeigt Verständnis für Ärzte-Protest

## Debatte über Honorarreform und NRW-Benachteiligung

**19. März 2009 – Anlässlich der heftigen Proteste niedergelassener Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein-Westfalen gegen die Honorarreform, die mit dem 1. Januar 2009 in Kraft getreten ist, debattierte das Düsseldorfer Landesparlament über Kriterien für eine faire Bezahlung der ärztlichen Leistungen. Beantragt hatten diese Aktuelle Stunde die Fraktionen von CDU und FDP.**

Die Ärztinnen und Ärzte, die sich aufopferungsvoll, zuverlässig und gesetzestreu für die Kranken einsetzten, hätten diese Reform nicht verdient, meinte **Rudolf Henke** (CDU). Die Umsetzung der Reform bringe eine „unerträgliche Benachteiligung“ für Nordrhein-Westfalen mit sich. Von zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro im System werde NRW mit nur 200 Millionen Euro „abgespeist“. Nur mit einer leistungsgerechten Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte könne man eine Patientenversorgung auf hohem Niveau erhalten. Pauschalen von 32 oder 36 Euro, die pro Patientin oder Patient und Quartal zur Verfügung stünden, seien eine „dauerhafte Demotivation“. Henke sprach das Missverhältnis von „Nicht-Wissen um das Honorar, aber festes Wissen um die Kosten“ der eigenen Praxis an. „Viele Ärzte werden zu Verlierern“, war das Fazit des CDU-Sprechers.

„Wechselseitige Schuldzuweisungen“ diagnostizierte **Dr. Stefan Romberg** (FDP) innerhalb des Streits, dessentwegen inzwischen sogar Patientinnen und Patienten immer häufiger vor verschlossenen Praxistüren stünden. Die Budgetierung, die eigentlich hätte abgeschafft werden sollen, habe nun den neuen Namen „Regelleistungsvolumina“ erhalten. Diese beruhten auf Durchschnittsberechnungen, aber Durchschnittspraxen gebe es nicht. Die unterschiedlichen Anforderungen in der Realität bedeuteten einen unterschiedlichen Finanzierungsbedarf, was bei der Vergütung zum Ausdruck kommen müsse. Dies sei aber nicht der Fall. „Wir wollen ein transparentes, einfaches und leistungsgerechtes Vergütungssystem“, forderte der FDP-Abgeordnete. Mit dieser Reform sei der Arztberuf nicht attraktiver geworden, was auch das Nachwuchsproblem verschärfe.

Mit der Reform, sagte **Inge Howe** (SPD), werde bei erhöhtem Behandlungsaufwand auch mehr Geld bezahlt. Die bundesweite Angleichung der bisher höchst unterschiedlichen Honorare bewirke Nachteile auch für NRW. Während hier die Pauschale bei nur 32 bis 35 Euro pro Quartal liege, klagte Bayern mit einer Pauschale von 85 Euro auf höchstem Niveau. Mit der Einfüh-

rung fester Preise, der Abschaffung der Budgetierung, einem deutlich höheren Honorarvolumen und einem Ost-West-Angleich erfülle die Reform alte Forderungen der Ärzteschaft. Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung habe zudem versichert, dass man die Probleme der Selbstverwaltung mit den Krankenkassen selbst lösen könne, also ohne Beteiligung der Politik. Ärztinnen und Ärzte dürften jedenfalls ihre Patientinnen und Patienten nicht in Geiselschaft nehmen.

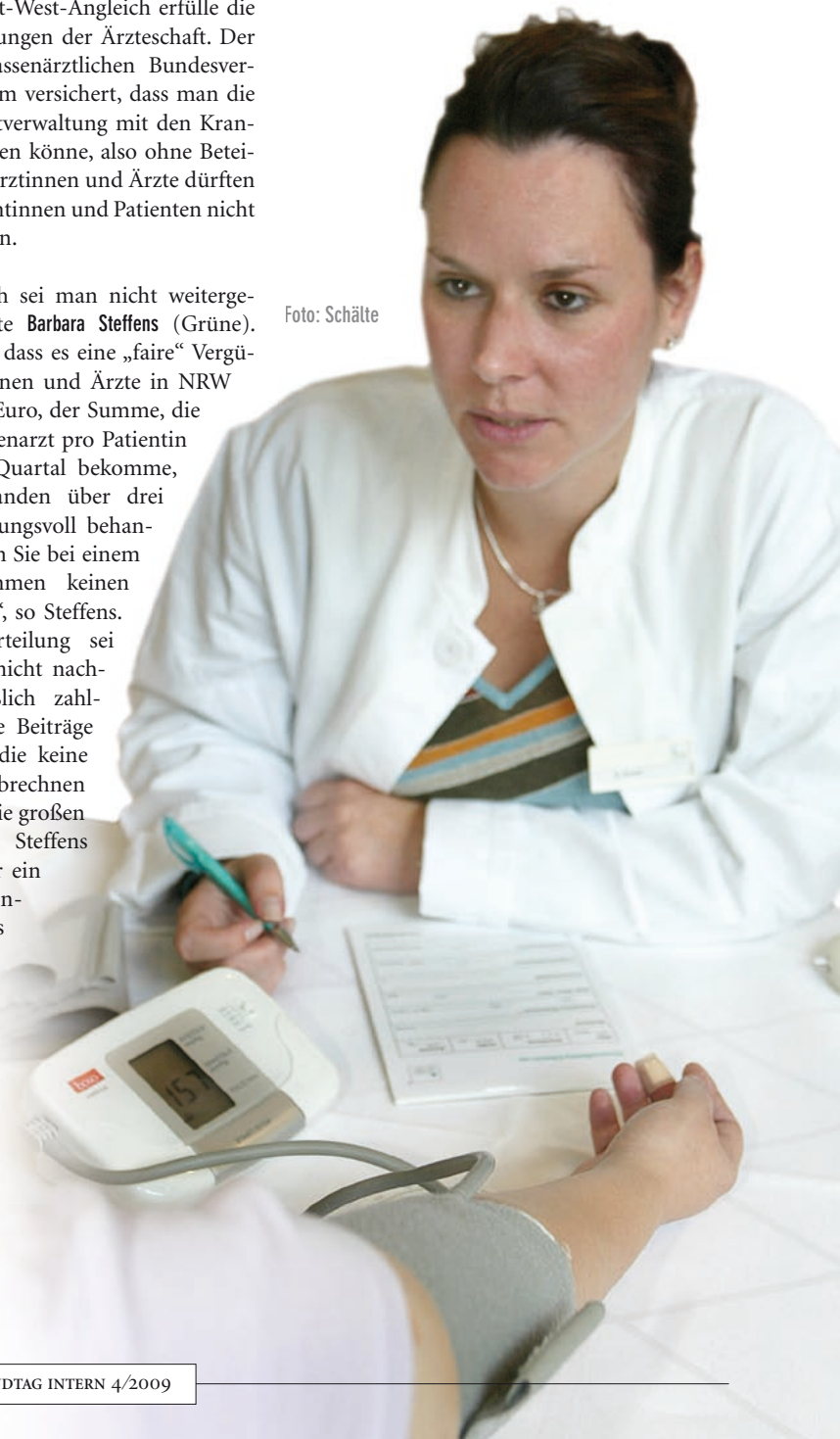
Gesundheitspolitisch sei man nicht weitergekommen, bilanzierte **Barbara Steffens** (Grüne). Auch sie kritisierte, dass es eine „faire“ Vergütung für die Ärztinnen und Ärzte in NRW nicht gebe. Mit 19 Euro, der Summe, die etwa ein NRW-Augenarzt pro Patientin oder Patient und Quartal bekomme, könne man niemanden über drei Monate verantwortungsvoll behandeln. „Dafür würden Sie bei einem Handwerksunternehmen keinen Termin bekommen“, so Steffens. Die ungleiche Verteilung sei nicht gerecht und nicht nachvollziehbar, schließlich zahlten ja alle über die Beiträge gleich ein. „Ärzte, die keine Zusatzleistungen abrechnen können, sind jetzt die großen Verlierer“, meinte Steffens und sprach sich für ein fraktionsübergreifendes, geschlossenes Signal des Parlaments in Richtung Berlin aus: Dieses Vorgehen werde nicht akzeptiert.

Jährlich 210.000 Euro, rechnete **Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann** (CDU) vor, stünden einem Arzt oder einer Ärztin

in NRW zu. Wie solle ein Arzt, der kaum Privatpatienten habe, davon eine moderne Praxis finanzieren und darüber hinaus ein für ein solches Studium angemessenes Gehalt übrig behalten?, fragte er. Nachwuchskräfte wanderten häufig nach Süddeutschland ab. NRW habe das unterfinanzierteste System in ganz Deutschland, weswegen auch die Krankenhäuser Probleme hätten, genügend Ärztinnen und Ärzte zu bekommen. Bei der Verteilung des zusätzlichen Geldes im System habe man Unterschiede vergrößert statt verkleinert. Laumann sprach in diesem Zusammenhang von einem „klaren Versagen der Selbstverwaltung“. „Wenn wir wollen, dass Ärzte unabhängige Freiberufler bleiben, dann muss man sie auch wie Freiberufler bezahlen.“

sow

Foto: Schälte



## Hohe Wogen

### Kritik und Lob der Fraktionen für Wasserpolitik der Landesregierung

19. März 2009 – Zum „Wasserland Nummer eins“ will die SPD-Fraktion laut eigenem Antrag (Drs. 14/7357) das Land Nordrhein-Westfalen entwickeln. Dies sei längst geschehen, wiesen die Regierungsfractionen von CDU und FDP die Kritik an einer fehlenden Strategie in der Wasser- und Gewässerpolitik zurück.

„Wasser ist für unser Land eine riesige Zukunftschance“, meinte Dr. Gero Karthaus (SPD). Diese Chance müsse aktiv wahrgenommen werden. „Die wenigen Handlungen, die die Landesregierung unternommen hat, sind oft genug nur Reaktionen auf Umweltskandale oder auf die verbindliche Vorgabe der EU gewesen“, kritisierte er. Der Abgeordnete vermisste ein Gesamtkonzept, das Ökonomie, Ökologie, Forschung, Verbraucherschutz und Freizeitnutzung vereine. So komme es etwa darauf an, Unternehmen zu vernetzen, die weltweit Wassertechnologie „Made in NRW“ anböten. Verpasse die Regierung diese Chance, gelte das Motto: „Still ruht der See.“

Für überflüssig hielt Clemens Pick (CDU) den Antrag der SPD. „Nordrhein-Westfalen ist längst das Wasserland Nummer eins. Wir brauchen es nicht mehr dazu zu machen“, sagte der Christdemokrat. Die Leistungen der Landesregierung seien vielfältig. Dies zeige der im Dezember vorgelegte Trinkwasserbericht und dies belege

auch die Abwasserpolitik und der Hochwasserschutz. Ziel sei es nun, die Europäische Wasser-Rahmenrichtlinie beispielhaft umzusetzen. „Bis 2027 werden insgesamt 2.200 Flusskilometer und Bachlandschaften ökologisch verbessert“, blickte Pick in die Zukunft. Diese Politik finde bei der Bevölkerung hohe Akzeptanz.

„Strategie und Engagement sind vorhanden“, lobte Holger Ellerbrock (FDP) die Wasserpolitik der Landesregierung. So solle etwa den Kommunen in der Abwasserpolitik die Entscheidung

Ebenfalls in der Plenarsitzung vom 19. März debattierten die Fraktionen über einen Antrag der Grünen, Verbraucherschützerinnen und Verbraucherschützer in die Trinkwasserkommission zu berufen (Drs. 14/8330). Dies sei notwendig, so die Grünen, um Kontrollen unabhängig zu gestalten. Die Regierungsfractionen lehnten diese Forderungen ab, da die Kommission laut Gesundheitsminister Laumann ein Fachgremium und keine „Interessenkommission“ sei.

ermöglicht werden, „ob sie die Abwasserbe-seitigung selbst übernehmen, ob sie sie an die sondergesetzlichen Verbände übertragen oder ob sie das Ganze auf private Ebene stellen“. Gerade eine privatisierte Wasserversorgung sei zu befürworten, wenn Qualität gesichert sei, meinte der Liberale. Der Antrag der SPD-Fraktion dagegen halte sachlichen Überlegungen nicht stand. „In Ihrem Antrag versuchen Sie populistisch irgendetwas anzupfeifen“, so Ellerbrock.

„Es gibt kein Gesamtkonzept zur Wasser-beziehungswise Gewässerpolitik in Nordrhein-Westfalen“, fasste Johannes Rimmel (Grüne) die bisherige Debatte aus seiner Sicht zusammen. Mit innovativer Technologie zur Wasseraufbereitung könne das Land international helfen, Menschen mit sauberem Trinkwasser zu versorgen. Auf EU-Ebene bleibe festzuhalten, dass Nordrhein-Westfalen die Standards der Wasserrahmenrichtlinie nicht erfülle. Von Seiten der Koalitionsfraktionen werde ein minimalistischer Anspruch an die Gewässerpolitik gelegt. „Ich halte das für die Gewässerentwicklung und für den vorsorgenden Klimaschutz für fatal“, so Rimmel.

„Der Antrag der SPD ist ein alter Hut“ entgegnete Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU). Die Landesregierung könne ein „umfassendes Konzept zum Gewässer- und Verbraucherschutz“ vorzeigen, das an einem vorsorgenden Gesundheitsschutz ausgerichtet sei. Nordrhein-Westfalen sei Vorreiter in Deutschland, wenn es zum Beispiel darum gehe, sich mit Spurenstoffen im Trinkwasser zu befassen. Daher zog der Minister das Fazit: „Die Landesregierung steht für einen umfassenden Gewässerschutz ein. Sie gewährleistet einen hohen Qualitätsstandard im Hochwasserschutz und in der Trinkwasserversorgung.“ SW

## Dem Land verpflichtet



Als Nachfolgerin der verstorbenen Abgeordneten Ulrike Apel-Haefs wurde Iris Preuß-Buchholz (SPD) am 18. März 2009 im Plenum von Landtagspräsidentin Regina van Dinter als neues Mitglied des Landtags verpflichtet.

## Wahl des Bundespräsidenten

Der Landtag NRW hat in seiner Plenarsitzung am 19. März 2009 die nordrhein-westfälischen Delegierten für die 13. Bundesversammlung gewählt. Nordrhein-Westfalen entsendet 131 Delegierte von insgesamt 1.224 Wahlfrauen und Wahlmännern in die Bundesversammlung, die am 23. Mai 2009 den Bundespräsidenten bzw. die Bundespräsidentin wählen wird. Auf dem gemeinsamen Wahlvorschlag aller vier Fraktionen stehen für die nordrhein-westfälische CDU 63 Delegierte, für die SPD 53, die FDP acht und für Bündnis 90/Die Grünen sieben Delegierte.



Der Ausschuss der Regionen (AdR), im Bild sein Sitz in Brüssel, ist eine politische Versammlung, die die Interessen der Gemeinden, Städte und Regionen im Gefüge der Europäischen Union und bei der Konzipierung neuer EU-Vorschriften vertritt. Er ist an den Grundsätzen Subsidiarität, Bürgernähe und Partnerschaft ausgerichtet. Für den Landtag NRW sitzen Dietmar Brockes MdL (FDP) sowie für die Landesregierung Werner Jostmeier MdL (CDU) im AdR.

Foto: Ausschuss der Regionen

Dem Titel gemäß hebt der Ausschuss aber insbesondere hervor, dass Konjunkturprogramme nicht einseitig auf die nationale Ebene ausgerichtet sein dürften, da „viele Vorhaben der öffentlichen, bürgernahen Infrastruktur“ auf regionaler und lokaler Ebene erbracht würden. Zum Beispiel gebe es einen „Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen“ in den Bereichen Straßen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Breitbandverkabelung oder Energieeffizienz.

Die Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur müssten also dem Grundsatz der Subsidiarität (wonach die jeweils bürgernächste staatliche Ebene Vorfahrt hat) folgen und sie müssten langfristig angelegt sein. Insbesondere mit Blick auf regionale und kommunale Verwaltungen werden im Entwurf „vereinfachte und flexible Modalitäten der Auftragvergabe“ gefordert. Um eine schnelle Umsetzung der Wirtschaftsförderung zu erreichen sowie die Beteiligung auch finanzschwacher Städte, Gemeinden und Kreise sicherzustellen, soll über eine Vorauszahlung von EU-Fördermitteln, einen erleichterten Einsatz der Strukturfondsmittel sowie über eine Unterstützung seitens der Europäischen Kommission bei der Ko-Finanzierung nachgedacht werden.

Der lokalen Ausrichtung auch europäischer Konjunkturmaßnahmen folgt die Betonung der besonderen Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen.

Damit die EU und ihre Mitgliedstaaten gestärkt aus der Krise hervorgehen, fordert die Fachkommission in dem verabschiedeten Entwurf, dass alle Maßnahmen nachhaltig und mit den Zielen der Lissabon-Strategie (die über wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen soll) konform sein müssen. Notwendig sei allerdings auch eine „sachgerechte und wirkungsvolle“ Neuregelung der Finanzwirtschaft. cw

Die weitere Entwicklung der Konjunktur in Deutschland erörterten Mitglieder des Wirtschaftsausschusses unter Leitung des Vorsitzenden Franz-Josef Knieps (CDU) am 12. März 2009 mit dem Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtags. Einen Link zum Protokoll dieser Sitzung finden Sie auf der Seite des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de) (Rubrik Parlament/Ausschüsse und Gremien).

## Gemeinsam gegen die Wirtschaftskrise

### Europäische Maßnahmen müssen regional ausgerichtet sein

*Wirtschaftskrise, crise économique, economic crisis – viele Sprachen, ein Phänomen: Die Turbulenzen auf dem Finanzmarkt, ausgehend von regionalen Hypothekendarlehen in den USA, haben weltweit die Realwirtschaft erfasst. Unternehmen – kleine, mittelständische bis hin zu weltumspannenden Konzernen – sind allen guten Produkten und Absatzmöglichkeiten zum Trotz von Liquiditäts- und Kreditengpässen betroffen. Natürlich liegen jedem politisch Verantwortlichen, jeder nationalen Regierung zunächst die Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger am Herzen. Vor diesem Hintergrund berichtet Landtag Intern über die entsprechende Stellungnahme im Europäischen Ausschuss der Regionen (Verfasser: Dietmar Brockes MdL, NRW) wie auch über Erwartungen aus den einzelnen Fraktionen im Düsseldorfer Landtag an das Europäische Konjunkturpaket.*

Die europäischen Institutionen – allen voran der Europäische Rat, aber auch die Europäische Kommission, das Europäische Parlament sowie der Europäische Ausschuss der Regionen und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss – erinnern unablässig an die veränderten Strukturen der Weltwirtschaft: Auf globalem Parcours hat Europa, haben die Europäischen Mitgliedstaaten, nur dann eine Chance, wenn ihre Maßnahmen und Strategien miteinander abgesprochen und aufeinander abgestimmt sind.

Die Brüsseler Botschaft: Der europäische Binnenmarkt – begrenzt durch das Gebot, europäische und nationale Standards zu respektieren – darf durch einseitige Maßnahmen in gleich welchem Mitgliedsstaat nicht außer Kraft gesetzt werden. Ansonsten droht einer der wirkungsvollsten Antriebskräfte des europäischen Einigungsprozesses lahmgelegt zu werden.

#### AUSRICHTUNG AUF REGIONEN

Die Wirtschaftskrise als Bewährungsprobe für die Soziale Marktwirtschaft wie für die EU: So sieht es der Entwurf einer Stellungnahme im Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Das Europäische Konjunkturprogramm und die Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften“. Verfasst hat sie als dessen Berichterstatter Dietmar Brockes (FDP), der den Landtag Nordrhein-Westfalen in dieser europäischen Institution vertritt. Die zuständige Fachkommission hat am 19. Februar 2009 dem Text zugestimmt. Sie betont darin, dass die Mitgliedstaaten in dieser Krise „nicht in nationalistische und protektionistische Verhaltensweisen zurückfallen dürfen“. Vielmehr müsse ein dezidiert europäischer Ansatz „einen gemeinsamen Handlungsrahmen für nationale Maßnahmen“ bilden.

## EU muss Impulse für langfristiges Wachstum setzen

„Die EU-Staats- und Regierungschefs kamen überein, 5 Milliarden Euro ungenutzter EU-Mittel für die Modernisierung von Energie- und IT-Netzen zu verwenden. Die Hilfen für in Schwierigkeiten geratene Länder wurden aufgestockt und die Kreditlinie für Länder, die nicht dem Euroraum angehören, auf 50 Milliarden Euro angehoben.

Außerdem versprochen die EU-Spitzen, den Internationalen Währungsfonds mit weiteren 75 Milliarden Euro für notleidende Staaten auszustatten.

Zum Abschluss des zweitägigen Gipfels erklärten die Teilnehmer in einer gemeinsamen Stellungnahme, dass bei der Umsetzung des im Dezember beschlossenen 200-Milliarden-Euro-Pakets zur Belebung der Wirtschaft „gute Fortschritte“ erzielt worden seien. Sie seien zuversichtlich, dass es durch diese Maßnahmen – zu denen Steuersenkungen und Rettungspläne für Banken zählen – gelingen werde, die Wirtschaft zu beleben, auch wenn es seine Zeit brauche. Die EU stellt in einem Zeitraum von zwei Jahren bereits 400 Milliarden Euro – rund 3,3 Prozent

## Welchen Beitrag erwarten Sie vom europäischen Konjunkturprogramm konkret für NRW?



Franz-Josef Knieps (CDU)

Allerorts werden Konjunkturprogramme aufgesetzt, umgesetzt, diskutiert, erweitert. Am wichtigsten ist es nach meiner Ansicht, dass die Effekte nicht nur Einzelaktionen sind, sie verpuffen oder nur ganz wenigen dienen!

Die Europäische Union kann aufgrund der supranationalen Ebene Programme in sehr großen Dimensionen anstoßen. Hier sind vor allem der Ausbau der Breitbandnetze und die Modernisierungen im Energiesektor (Netze) zu nennen. Ich sehe am ehesten beim Ausbau von Breitbandnetzen im ländlichen Raum Ansatzpunkte, die zum Beispiel für diverse Handwerksunternehmen in Nordrhein-Westfalen von Nutzen sein werden. Und natürlich für die Menschen und Unternehmen im ländlichen Raum, die endlich flächendeckend schnelle Netzanschlüsse für das Internet erhalten müssen. Insgesamt erwarte ich hier jedoch keine übergroßen Summen. Die sehe ich eher bei den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Diese werden von der NRW-Landesregierung zu über 80 Prozent an die Kommunen weitergegeben. Daher kann damit vor Ort entschieden werden, in welche Projekte das Geld fließt.

Und durch die Erleichterungen, die wir zur Vergabeordnung beschlossen haben, können viele örtliche Betriebe unkompliziert von den Mitteln profitieren. Alleine meine Heimatstadt Köln erhält 100 Millionen Euro. Das ist für mich gelebte Subsidiarität. Die EU kann durch das Konjunkturprogramm übrigens auch einen Imagegewinn erzielen, wenn die Menschen merken, daß die EU auch schnell und mit klarem Effekt handeln kann. Das würde mich sehr freuen.



Marc Jan Eumann (SPD)

Für alle Initiativen des Bundes und der Europäischen Union (EU) gilt gleichermaßen: Die Konjunkturprogramme müssen die Wirtschaft stützen, Arbeitsplätze sichern, Energieeffizienz steigern und sich auch im Geldbeutel der Menschen positiv bemerkbar machen. Wichtig für NRW ist, dass die Beschäftigten das Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit nicht verlieren und dass unsere Unternehmen nach der Krise ihre globalen Marktanteile ausbauen können. Ein einfaches „weiter so“ hätte unserem demokratischem System und unserer Wirtschaftsordnung erheblichen Schaden zugefügt.

Wenn wir hohe Milliardenbeiträge bewegen und höhere Schulden in Kauf nehmen, müssen wir die Generationen im Blick haben, die das bezahlen müssen. Die Programme müssen daher den Boden für kräftigeres Wachstum, für höhere globale Marktanteile und damit stärkere Steuereinnahmen bereiten. Deshalb ist ein Großteil der Programme zu Recht für Infrastruktur- und Sanierungsmaßnahmen, für Bildung und Effizienzsteigerungen vorgesehen. Es ist auch sehr zu begrüßen, dass die EU Geld für den Ausbau des Breitbandnetzes in die Hand nimmt und die straffen Regulierungsbestimmungen lockert. Es ist jetzt wichtig, Zugänge zu den Netzen zu schaffen und zwar über die Ballungsräume hinaus.

Der Dualismus von Vertrauensbildung und Zukunftsinvestitionen muss beibehalten und industrielle Kerne dürfen nicht aufgegeben werden. Das gilt auch für die Opel-Werke: Die Arbeitsplätze, die wir jetzt in der Krise verlieren, werden beim folgenden Aufschwung nicht wieder zurückkommen, sondern in Asien oder Südamerika entstehen. Daher brauchen wir einen Schutzschirm für unsere Industriearbeitsplätze.



ihres Bruttoinlandsprodukts – zur Bekämpfung der schwersten Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte bereit. Darin sind neben den Konjunkturbelebungsmaßnahmen auch höhere Sozialausgaben aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit enthalten. Im Januar lag die Arbeitslosenrate in der EU bei 7,6 Prozent und hatte damit ihren Höchststand der letzten zwei Jahre erreicht.

Zahlreiche Bedenken wurden laut, dass durch die freizügige Vergabe von Finanzhilfen Defizite angehäuft würden. Daher rieten die Staats-

Regierungschefs den EU-Ländern, so bald wie möglich zu einem Defizit zurückzukehren, das mit einem „tragfähigen öffentlichen Haushalt“ vereinbar sei. Mit einem Haushaltsdefizit von über 3 Prozent ihres BIP verletzte eine Reihe von Ländern die gemeinsam festgelegten Vorschriften.

Mit Blick auf den G-20-Gipfel am 2. April verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs einen gemeinsamen Standpunkt, wie die Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte verbessert werden kann.“

*Aus einer Pressemitteilung der EU-Kommission vom 20. März 2009*



Horst Engel, (FDP)



Reiner Priggen (Grüne)

Ziel eines EU-Konjunkturprogramms muss es sein, alle Regionen in der Wirtschaftskrise zu stärken. Um einen Konjunkturimpuls zu setzen, der auch auf lokaler Ebene wirkt, bedarf es unbürokratischer, schneller Vergabeverfahren und langfristiger Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur.

Das jüngste EU-Konjunkturprogramm in Höhe von 5 Milliarden Euro ist aus Sicht der FDP kein wirkungsvolles Mittel, um NRW in der Wirtschaftskrise zu stärken. Kurzfristige, allein auf die nationale Ebene ausgerichtete Maßnahmen aus Brüssel werden den 720.000 mittelständischen Betrieben in NRW nicht helfen. Die Koalition aus FDP und CDU in Düsseldorf gibt dagegen mit ihrem kommunalen Investitionsprogramm eine unbürokratische Antwort auf die Wirtschaftskrise.

Noch vor Ostern können die Städte und Gemeinden Geld erhalten. Insgesamt stehen NRW 2,84 Milliarden Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung. 464 Millionen Euro investiert das Land in den Hochschulbereich. 2,38 Milliarden Euro stellen FDP und CDU für nachhaltige kommunale Investitionen bereit. Die Kommunen verfügen damit über 1,385 Milliarden Euro für Investitionen in Kindergärten, Schulen und Fortbildungseinrichtungen. 995 Millionen Euro fließen in die kommunale Infrastruktur, davon 170 Millionen für Investitionen in Krankenhäuser. Jede Kommune in NRW, unabhängig von ihrer Finanzkraft, wird bei den Zuweisungen bedacht. Die Mittel werden pauschal zur Verfügung gestellt, damit vor Ort entschieden werden kann, in welche Maßnahme investiert wird.

Das europäische Konjunkturprogramm ist ein Placebo, das falsche Anreize setzt und zusätzliche Bürokratie schafft.

Es ist vorbehaltlos zu begrüßen, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Kommission ihren langen Streit über ein zusätzliches Konjunkturprogramm auf Gemeinschaftsebene beigelegt haben. Denn damit können sich die einzelnen Akteure wieder auf ihre nationalen Hausaufgaben konzentrieren – also auf eine schnelle und zielwirksame Umsetzung der jeweiligen nationalen Maßnahmenpakete. Und an diesen, nicht an dem jetzt in Brüssel beschlossenen Appendix wird sich entscheiden, ob und inwieweit die verheerenden und branchenübergreifend zu beobachtenden Nachfrageeinbrüche aufgefangen und so Arbeitsplätze gesichert werden können.

Das EU-Programm kann allenfalls dazu beitragen, den Fokus einzelner Mitgliedsländer auf bestimmte Themenfelder – wie Energienetze oder Breitbandversorgung – zu richten. Nennenswerte Impulse jedoch lassen sich mit einem EU-weiten Volumen von 5 Milliarden EUR nicht auslösen. Geradezu fatal ist zudem, dass das Programm mit seiner Ausrichtung auf die CCS-Technologie (CO<sub>2</sub>-Abscheidung) auch inhaltlich völlig falsche Anreize setzt.

Viel wichtiger als ein zusätzliches Konjunkturprogramm auf Gemeinschaftsebene ist es, dass die Mittel, die von der EU z.B. im Zuge der Strukturfondsförderung bereitgestellt werden, in den einzelnen Mitgliedstaaten schnell abfließen. Dies gilt insbesondere für NRW, wo es diesbezüglich nach wie vor hakt und Strukturfondsmittel eher zwischen Intermediären verschoben, als realiter verausgabt werden.

Europa – im Landtag NRW immer aktuell.

Foto: Schälte

# „Europa eine Seele geben“

## Die EU im Spiegel jüngster Debatten in Plenum und Ausschüssen

*Die EU, ihre Möglichkeiten und Begrenzungen, Chancen und Hemmnisse sind für Nordrhein-Westfalen immer von großem Interesse. Kein Wunder, dass dieses Thema regelmäßig auf der Tagesordnung des Landtags steht – sei es im Plenum, sei es in den einzelnen Fachausschüssen.*

Der europäische Einigungsprozess soll vorangehen, die EU demokratischer, bürgernäher und transparenter werden. Das ist die gemeinsame Auffassung aller Fraktionen aus einer ersten Debatte über einen entsprechenden Antrag von CDU und FDP im **Plenum** am 18. März 2009. Wenn man bedenke, wie viele Grenzzäune abgebaut wurden, könne man die EU ruhig als weltgrößte „Bürokratieabbau-Organisation“ bezeichnen, meinte dabei Werner Jostmeier (CDU). „Die EU ist ein Stabilitätsfaktor“, ergänzte Dietmar Brockes (FDP); Nordrhein-Westfalen sei die europäische Drehscheibe für Wirtschaft, Handel, Verkehr und Begegnung. Markus Töns (SPD) erinnerte an die Sicherung des Friedens durch Europa sowie die Stärkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger durch den geplanten Lissabonvertrag. Und laut Sylvia Löhrmann (Grüne) werden wir Herausforderungen wie die Klimakrise, Energiesicherheit, Weltfinanzkrise und soziale Gerechtigkeit „nur im europäischen, wenn nicht sogar weltweiten Kontext“ lösen können.

Dies der Hintergrund, vor dem in der Sitzung des **Hauptausschusses** am 26. März 2009 unter Leitung seines Vorsitzenden Werner Jostmeier (CDU) vereinbart wurde, aus dem CDU/FDP-Antrag einen parteiübergreifenden Antrag zu machen, der auch von der Opposition mitgetragen werden kann. Geplant ist, ihn

– noch rechtzeitig vor der Europawahl – am 19. Mai 2009 zu beraten. Und zukunftsgerichtet könnte dann auch ein CDU/FDP-Antrag zu „neuen Perspektiven der Zusammenarbeit im europäischen Raum“ auf der Tagesordnung stehen, kombiniert mit Berichten der Landesregierung zur europäischen und internationalen Zusammenarbeit.

### EU-DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE

Eines der wichtigsten Elemente des europäischen Einigungsprozesses ist der einheitliche Binnenmarkt, der Handel über die Grenzen hinweg ermöglichen soll. Ein solches Ziel setzt generell schon einen hohen Grad an Abstimmungen und vereinheitlichten Regelungen voraus. Im Dienstleistungsbereich umso mehr, als für die Arbeitskräfte in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Regelungen im Bereich der Entlohnung oder der sozialen Sicherheit gelten. Daher bedürfe gerade die Umsetzung dieser Richtlinie in bundesdeutsches bzw. Landesrecht einer gründlichen Vorbereitung. Aus diesem Grund lud der **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsreform** unter Vorsitz seines stellvertretenden Vorsitzenden Josef Wilp (CDU) am 25. März 2009 zu einer öffentlichen Anhörung zu diesem Thema ein.

Für die kommunalen Spitzenverbände NRW begrüßten Dr. Manfred Wichmann sowie Dr. Marco Kuhn die angestrebten Vereinfachungen von Wirtschaftsverwaltungsverfahren sowie den Abbau von bürokratischen Hindernissen.

### EINHEITLICHER ANSPRECHPARTNER

Dies betreffe zum Beispiel die zu schaffende „einheitliche Stelle“, die geplante „elektronische Abwicklung“ wie auch die „Genehmigungsfiktion“ (eine beantragte Genehmigung gilt unter bestimmten Voraussetzungen nach Ablauf einer festgelegten Frist als erteilt). Als „einheitliche Stelle“ sollte allerdings die etablierte Ebene der Kreise und kreisfreien Städte fungieren; man habe jedoch die eigenen Mitglieder gebeten, Gespräche über entsprechende Kooperationen zu führen. Ob es am Ende zu der anvisierten Zahl von 18 einheitlichen Stellen komme, sei aber noch offen. Einen weiteren Kritikpunkt sah Kuhn in der vorgeschriebenen Anwendung des deutschen Signaturrechts, obwohl der Einsatz von „qualifizierten elektronischen Signaturen“ wenig Verbreitung gefunden habe. Da die Dienstleistungsrichtlinie ja gerade auf grenzüberschreitende Zusammenarbeit abziele, sei es besser, ein einheitliches europäisches System anzustreben. Auf jeden Fall solle man mit den neuen Verfahrensregelungen erst einige Erfahrungen sammeln, bevor man sie auf andere Anwendungsbereiche ausdehne.

Professor Dr. Jan Ziekow vom Deutschen Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung sah aufgrund der unverzichtbaren Einheit des Verwaltungsrechts zwischen Bund und Ländern bei dem vorliegenden Entwurf zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie wenig Raum für Änderungen. Das vorliegende Gesetz sei aber auch eine Chance für die Weiterentwicklung der deutschen Rechtsordnung und Verwaltung generell. Dies gelte beispielsweise für die „Genehmigungsfiktion“ wie die Verknüpfung mit der angestrebten behördeneinheitlichen Rufnummer 115.

Die erhoffte Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsverfahren fand bei Dr. Jochen Grütters von der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW großen Anklang. Allerdings wäre es wünschenswert gewesen, wenn bereits im Bundesrecht die „einheitliche Stelle“ wie auch die „Genehmigungsfiktion“ als Regelfall (und nicht erst nach fachgesetzlicher Anordnung) festgeschrieben worden wäre.

CW

# „Wir wurden beraten und verkauft“

## Öffentliche Anhörung zum Verbraucherschutz im Finanzsektor

26. März 2009 – *Wie können die Rechte der Bankkunden nach dem weltweiten Finanzdebakel gestärkt werden? Diese Frage bewerteten Sachverständige im Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Außerdem berichteten sie über ihre persönlichen Erfahrungen als Bankkunden. Grundlage der öffentlichen Anhörung war ein Antrag der Grünen (Drs. 14/7959), den Verbraucherschutz im Bankensektor zu verbessern.*

Grundsätzlich waren sich alle Sachverständigen einig, dass es Änderungen im Bankensektor geben müsse. Konkrete Vorschläge allerdings fielen unterschiedlich aus. „Wenn die Bankkunden gewusst hätten, welche Risikopapiere sie da kaufen, hätte es die Krise in dieser Form wohl nicht gegeben“, meinte Rechtsanwalt Dr. Julius Reiter. Allerdings sei die Vorstellung eines „mündigen Verbrauchers“ im Finanzsektor illusorisch, da die angebotenen Produkte viel zu komplex seien. Reiter hielt es für notwendig, den Anlegerschutz entscheidend zu verbessern und „anständige Haftungsregeln“ für die Finanzinstitute zu schaffen. Für die Bankenvereinigung NRW gab Franz Josef Arndt jedoch zu bedenken, bei Haftungsfragen immer auch den Zeitfaktor zu berücksichtigen. So sei beispielsweise die nun insolvente US-Investmentbank Lehman Brothers von allen Fachleuten stets als „verlässlich“ eingestuft worden. Nun sei es oberstes Ziel der Banken, das Vertrauen der Kundschaft zurückzugewinnen. „Durch die Finanzkrise ist das Vertrauen in die Banken massiv beschädigt worden“, sagte der Finanzexperte.

Einen Ausbau der Beratungsangebote forderte Klaus Müller als Vorstand der Verbraucherzentrale NRW. Derzeit würden die Angebote nicht ausreichen, um alle verunsicherten Kunden beraten zu können. „Die Wartezeiten für ein Gespräch liegen aktuell bei acht bis zehn Wochen“, machte Müller deutlich. Alle Verbraucherzentralen in Deutschland könnten momentan lediglich unter zehn Prozent aller Anfragen annehmen. Hier sei auch die Landespolitik gefragt, ein personell aufgestocktes Angebot zu ermöglichen. Eine gestärkte Verbraucherberatung befürwortete auch Professor Andreas Oehler vom Lehrstuhl für Finanzwirtschaft an der Universität Bamberg. Worauf es ankomme, sei ein „gesundes Misstrauen“ der Bürgerinnen und Bürger gegenüber allzu schnellen Vertragsabschlüssen. Zudem plädierte Oehler für ein harmonisiertes Finanzrecht und für Beratungsstandards. „Viele Menschen sind von Banken falsch beraten worden“, resümierte Stephan Kühnlenz von der Abteilung für Finanzdienstleistungen der Stiftung Warentest. Wichtig für die Zukunft sei es, ein Protokoll bei Beratungsgesprächen zu führen, um Haftungsfragen später einwandfrei

klären zu können. Darüber hinaus regte Kühnlenz an, den Verbraucherschutz bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu verankern.

### „AGGRESSIVE STRATEGIEN“

Für Erstaunen im Ausschuss sorgte Sigrid Dembinski. „Seit der Finanzkrise ist die Beratungsqualität bei einigen Banken nicht besser, sondern noch viel schlimmer geworden“, berichtete die Sachverständige der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. So würden Finanzinstitute seit Beginn der Krise noch aggressive Verkaufsstrategien an den Tag legen. Beraterinnen und Berater seien von Vorgesetzten „massiv“ unter Druck gesetzt worden, die Verkaufquoten deutlich zu erhöhen, so die Sachverständige. „Die Banken müssen weg vom Gewinnstreben um jeden Preis“, meinte Heidrun Jakobs von der Schutzgemeinschaft für Bankkunden. Auch sie sprach sich dafür aus, die Verbraucherzentralen personell zu stärken. Beratungsangebote für ältere Menschen thematisierte im Ausschuss Christiane Schiller für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisation (BAGSO). Sie plädierte dafür, insbesondere die Seniorenbüros stärker zu unterstützen. Diese seien wichtige Anlaufstellen für ältere Menschen und würden für Informationsveranstaltungen zum Thema genutzt.

„Wir wurden beraten und verkauft“, zog Klaus Hudel ein Fazit für die Interessengemeinschaft der durch Lehman-Zertifikate Geschädigten. Gerade ältere Menschen über 60 hätten ihr Ersparnis verloren, weil sie ihren Beraterinnen und Beratern vertraut hätten. „Jetzt müssen wir feststellen: In Bankenkreisen werden wir nur ‚ADs‘ genannt – alt und doof.“ Hudel forderte eine unabhängige und öffentliche Institution, die das Risiko von Finanzprodukten für Verbraucherinnen und Verbraucher bekannt gibt. Seine Einschätzung: „Der Verbraucherschutz für Bankkunden tendiert zurzeit gegen Null.“

SW

### Beratung tut Not: Bankkunden sind verunsichert

Foto: Schälte



# Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE	DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/8884	Gesetz zur Abschaffung der Jagdsteuer CDU, FDP	Vorschlag: Überweisung an den Umweltausschuss (federführend)	1. Lesung 1.4.2009	14/8335	Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes CDU, FDP	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform	Anhörung am 29.4.2009
14/8883	Gesetz zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden CDU, FDP	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik (federführend)	1. Lesung 1.4.2009	14/8329	Förderung der politischen Partizipation zugewandelter Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden GRÜNE	Ausschuss für Generationen, Familie und Integration (federführend)	Anhörung am 26.3.2009, weitere Beratung im April
14/8861	Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1. Lesung 2.4.2009	14/8290	Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (federführend)	2. Lesung am 2.4.2009
14/8806	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz von Nichtraucherinnen und Nichtrauchern in NRW LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend)	1. Lesung 1.4.2009	14/8176	Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	2. Lesung am 1.4.2009
14/8781	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik	1. Lesung 1.4.2009	14/8036	Änderung der Regelung der Ladenöffnungszeiten SPD	Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (federführend)	2. Lesung im Mai
14/8780	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung eines Kostenfolgeabschätzungs- und Beteiligungsverfahrens LANDESREGIERUNG	Vorschlag: Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform.	1. Lesung 1.4.2009	14/8025	Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform (federführend)	Anhörung am 25.3.2009, weitere Beratung am 29.4.2009
14/8650	Nachtragshaushaltsgesetz 2009 LANDESREGIERUNG	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	2/3. Lesung am 1.4.2009	14/7961	Gesetz zur Reform der Lehrerausbildung LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Schule und Weiterbildung (federführend)	weitere Beratung bis Anfang Mai
14/8644	Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes in NRW CDU, FDP	Haushalts- und Finanzausschuss (federführend)	2/3. Lesung am 1.4.2009	14/7925	Bergmanns-versorgungsschein LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales	Weitere Beratung am 29.4.2009
14/8631	Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft LANDESREGIERUNG	Rechtsausschuss	Erste Beratung im Ausschuss am 22.4.2009	14/6327	Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft in NRW SPD	Rechtsausschuss	Beratung zusammen mit 14/8631
14/8630	Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag LANDESREGIERUNG	Hauptausschuss	2. Lesung am 2.4.2009	14/1541	Gesetz zur Änderung der Landesverfassung SPD, GRÜNE	Hauptausschuss	Untergesetzliche Regelung durch Vereinbarung beabsichtigt – Beratungen laufen
14/8554	Änderung des Gesetzes über die Reinigung öffentlicher Straßen LANDESREGIERUNG	Ausschuss für Kommunalpolitik u. Verw.-Reform (federführend)	weitere Beratung voraussichtlich Ende April	14/272	Gesetz zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes SPD	Rechtsausschuss (federführend)	Zuletzt behandelt am 3.11.2005

## Abgeschlossene Gesetzgebung - am 18./19. März 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/8291	Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 18.3.2009	angenommen
14/7796	Änderung des Gesetzes über die Lippische Landes-Brandversicherungsanstalt	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 18.3.2009	angenommen
14/7792	Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen in NRW	LANDESREGIERUNG	2. Lesung 18.3.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

# Fürs Lehren lernen

## Große Anhörung zur geplanten Reform der Lehrerausbildung

Andrang bei Anhörung:  
Die Vorlagen der Sachverständigen  
waren eine begehrte Ware  
Foto: Schälte

25. März 2009 – Nach dem Gesetzentwurf zur Reform der Lehrerausbildung (Drs. 14/7961), den die Landesregierung vorgelegt hat, sollen alle Lehramtsausbildungen künftig gleich lange dauern, aber stärker nach Schulformen differenziert werden, aus einem dreijährigen Bachelor-, einem zweijährigen Masterstudium sowie einem nur noch zwölfmonatigen Vorbereitungsdienst bestehen. Auf Hochschuleseite sollen eigenständige, pädagogische Zentren für Lehrerausbildung entstehen. In einer ganztägigen Anhörung der Ausschüsse für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) und für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, Grüne) war zum Gesetzentwurf die Meinung von unterschiedlichsten Sachverständigen gefragt.

Die grundsätzliche Bewertung des Gesetzentwurfs durch Prof. Dr. Jürgen Baumert vom Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Leiter der ehemaligen Expertenkommission der Landesregierung zur Reform der Lehrerausbildung, fiel positiv aus. Es sei der Balanceakt gelungen, im Studium von Anfang an eine klare Orientierung für die Profession des Lehrerberufs zu verankern, die Studierenden gleichzeitig aber auch für mögliche andere Berufsfelder vorzubereiten („Polyvalenz“). Zudem bedeute eine gleich lange Ausbildungszeit für alle Lehramter eine Gleichrangigkeit wissenschaftlicher Würde. Ein 18-monatiges Referendariat sei allerdings realistischer als ein zwölfmonatiges. Was für die Hochschulen vermutlich „am schmerzhaftesten“ sei, bewertete der Experte zugleich als qualitätssichernd für die Lehrerbildung: die neuen, eigenständigen Zentren für Lehrerbildung an den Hochschulen, denen im Gesetzentwurf weitreichende Kompetenzen eingeräumt werden.

Die Hochschulvertreterinnen und -vertreter stimmten dem Gesetzentwurf der Landesregierung überwiegend im Grundsatz zu, kritisierten aber vor allem, den Zentren für Lehrerbildung an den Hochschulen werde zuviel Verantwortung eingeräumt, so etwa Prof. Dr. Helmut Wenck vom Deutschen Hochschulverband. Vor „Quasi-Fakultäten“ warnte auch Prof. Dr. Axel Freimuth von der Landesrektorenkonferenz der Universitäten in NRW. Dr. Susanne In der Smitten von der Hochschul-Informationssystem GmbH schlug vor, sich im Gesetz auf eine politische Zielvorgabe für die Hochschulen vor Ort zu beschränken. Darüber hinaus solle die Regierung ihnen aber Gestaltungsspielraum lassen. Anschließend könne man Best-Practice-Beispiele evaluieren und nachsteuern. Dem stimmte Prof. Dr. Maria Anna Kreienbaum von der Pädagogischen Fakultät der Universität Wuppertal zu und kritisierte außerdem, dass die „Gängelung“ beim Zugang zu

den nun einzelnen Studiengängen mit einem Real-, Gesamt- und Hauptschul-Profil weder gesellschaftlich zu verantworten noch in den Hochschulen praktikabel sei. Die Regelung zum Praxissemester während des Masterstudiums, das die Eignung der jungen Menschen für den Lehrerberuf überprüfen soll, kritisierte der Student Patrick Schnepfer vom Landes-ASten-Treffen NRW als logistisch zu aufwendig und wegen der Fahrten zur Schule als sozial problematisch – mehr Fahrkosten, weniger Zeit zum Jobben. Ein Praktikum ohne Begleitung, fügte Prof. Dr. Holger Bruckhart von der Ständigen Kommission für Lehre, Studium und Studienreform der Universität zu Köln hinzu, habe keinen Wert.

### PRAXIS

Wie viele Fachleute von der Hochschuleseite begrüßte auch die Mehrheit der Sachverständigen aus dem schulischen Bereich die Gleichwertigkeit aller Lehramter. Auf breite Ablehnung stieß allerdings die geplante Verkürzung des Referendariats. „Nicht realisierbar“ (Andreas Meyer-Lauber, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW), „absolut undenkbar“ (Peter Silbernagel, Philologen-Verband NRW), „fatal“ (Ilona Dubalski-Westhof, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen) waren einige der Urteile. Als Vertreterin der Landeselternschaft der Gymnasien lobte Gabriela E. Custodis das Mehr an Praxisphasen. Schließlich sei der Lehrerberuf mit Wertevermittlung und einer Vorbildfunktion verbunden. Daran knüpfte Prof. Dr. Eiko Jürgens von der pädagogischen Fakultät der Universität Bielefeld an. Um die Eignung der angehenden Lehrkräfte zu verbessern, sei es wichtig, das Orientierungspraktikum gerade nicht im Berufsfeld Schule zu absolvieren. Ansonsten kehrten die jungen Menschen nach der Schule direkt in dieselbe zurück und

könnten schlechter „fürs Leben lehren“, meinte er. Als „ausgesprochen mutigen Reformentwurf“ bewertete Prof. Dr. Uta Quasthoff vom Institut für Sprache und Literatur der Universität Dortmund die Gesetzesvorlage. Prof. Dr. Willi Lüttert von der Friedrich-Schiller-Universität Jena argumentierte, für eine derart große Reform brauche man einen parlamentarischen Konsens über die Regierungsfractionen hinaus.

Auf die Kooperation zwischen den Hochschulen und den bisherigen Studienseminaren konzentrierten sich die Sachverständigen aus dem Praxisbereich. „Völlig defizitär geregelt“ sei diese Kooperation im Gesetzentwurf, fand Dr. Klaus Becker, der Sprecher für den Bereich Rheinland Studienseminarleitervereinigung Nordrhein-Westfalen. Ralph Diehm als Sprecher für das Lehramt Sonderpädagogik problematisierte, eine Reduzierung auf ein nur zwölfmonatiges Referendariat bedeute auch eine Halbierung der Fachleiterzahl – zu wenige, um die räumlich weit verstreuten Studierenden zu betreuen. Becker gab wie einige andere Experten außerdem zu bedenken, dass auch die Abschlussprüfung im Lehramt in die Referendariatszeit falle. Wie dieser Zeitraum zudem noch die wichtige Berufseingangsphase beinhalten solle, „dazu fehlt uns die Phantasie“, sagte er. Sein Fazit zur Reform: „Warum nimmt man erprobte Strukturen vom Markt?“ – es gebe doch noch keine evaluierten neuen. Abschließend gab Karl-Horst Ellenberg, der Sprecher der Lehramter Haupt-, Real- und Gesamtschule, den Abgeordneten zwei Forderungen mit auf den Weg: verlässliche Rahmenbedingungen für die Kooperation mit den Hochschulen und „Augenmaß“ bei der zeitlichen Gestaltung und Umsetzung der Reform. sov

Die beteiligten Ausschüsse werden bis Anfang Mai weiter beraten; die 2. Lesung ist geplant am 6./7. Mai 2009.

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

### Zukunft der WestLB: Finanzminister bezog Stellung im Haushaltsausschuss

Über die aktuellen Gespräche zur Zukunft der Westdeutschen Landesbank (WestLB) unterrichtete Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) die Abgeordneten im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD). „Die Hessische Landesregierung steht der Fusion nach wie vor positiv gegenüber“, versicherte der Finanzminister. Er widersprach damit Vorwürfen der Opposition, er habe den Ausschuss bezüglich der Fusionsgespräche zwischen der WestLB und der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) falsch informiert. Die Opposition bezog sich mit ihrer Kritik auf Äußerungen der hessischen Landesregierung, in der diese entsprechende Verhandlungen dementiert habe. Von Stillstand oder gar Scheitern der Gespräche könne nicht die Rede sein, so Linssen. Den Forderungen nach mehr Information könne er dennoch nicht nachkommen: „Bei den Gesprächen handelt es sich um inoffizielle, hoch sensible Verhandlungen. Wer die Vertraulichkeit nicht wahrt, der ist raus aus dem Spiel“, so der Finanzminister.

### Chemikalien in der Ruhr: Umweltausschuss bewertete Krisenmanagement

Das im Trinkwasser der Ruhr entdeckte Lösungsmittel Sulfolan hat den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) in einer Aktuellen Viertelstunde beschäftigt. Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) wies die Kritik der Oppositionsfraktionen zurück, die Öffentlichkeit sowie die betroffenen Wasserwerke zu spät über den Fund der Chemikalie informiert zu haben. Unmittelbar nach Bekanntwerden seien alle zuständigen Stellen vollständig informiert worden, machte Uhlenberg deutlich. Er betonte außerdem, der Verursacher der Verunreinigung, ein Betrieb aus dem Kreis Iserlohn, sei schnellstmöglich identifiziert worden. Dank für dieses Vorgehen erhielt Uhlenberg von Abgeordneten der Regierungsfractionen von CDU und FDP. Die Ausschussmitglieder von SPD und Grünen warfen dem Umweltminister hingegen vor, bei derartigen Störfällen lediglich reaktiv

zu handeln und nicht für eine ausreichende Vorbeugung zu sorgen. So sei es nur eine Frage der Zeit, bis sich weitere Chemikalien im nordrhein-westfälischen Trinkwasser fänden, meinte die Opposition.

### Olympische Perspektiven: Michael Vesper zu Gast im Sportausschuss

Einen zusätzlichen Sportkanal für das deutsche Fernsehen forderte Dr. Michael Vesper im Sportausschuss (Vorsitz Axel Wirtz, CDU). Der Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes erklärte, ein derartiger Kanal nach dem Vorbild des öffentlich-rechtlichen Politiksenders Phoenix könne bis dato nur

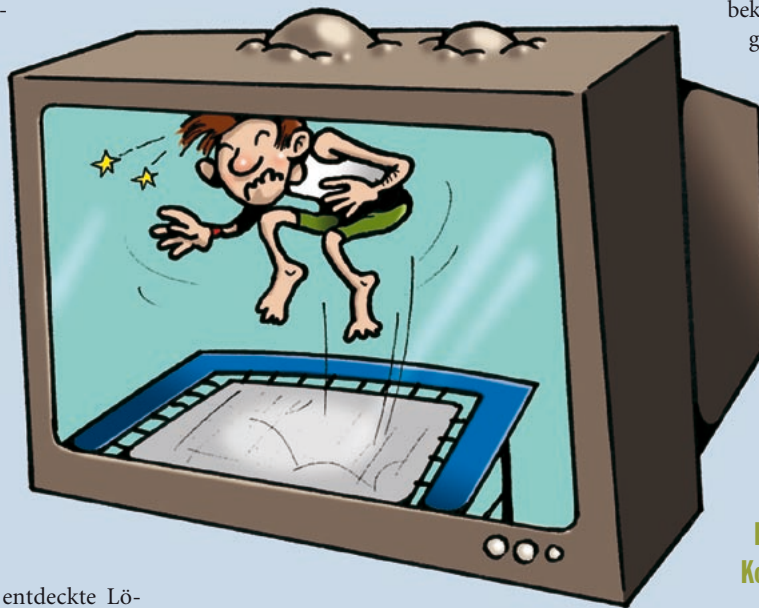


Illustration: Peter Flock

wenig beachteten Sportarten mediale Präsenz ermöglichen. In Zukunft stehe der Leistungssport vor großen Herausforderungen, machte Vesper außerdem deutlich. So komme es darauf an, den Trainerberuf in vielen Sportarten attraktiver zu gestalten und zu vergüten. Zudem müssten Spitzensportlerinnen und -sportler finanziell besser abgesichert werden, um vorhandene Leistungspotenziale verstärkt auszuschöpfen. Im Rückblick auf die Olympischen Spiele in Peking sagte Vesper, das gute Abschneiden Deutschlands im Medaillenspiegel dürfe nicht über enttäuschende Leistungen in einigen Kernsportarten hinwegtäuschen. Umso mehr erklärten die Abgeordneten im Sportausschuss, die Förderung des Leistungssports politisch auch weiterhin zu unterstützen.

### Piusbruderschaft in NRW: Hauptausschuss fragte nach

Ob und wie die Pius-Bruderschaft auch in Nordrhein-Westfalen tätig ist, fragten die Abgeordneten im Hauptausschuss (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU). Die SPD-Fraktion wollte wissen, wie es um die Trägerschaft von Schulen, aber auch von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe stehe und ob es Hinweise auf Aktivitäten der Bruderschaft gebe, die gegen die Verfassung sowie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen. Weiterhin sei zu klären, ob im Wirken und in der Lehre der Bruderschaft das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt werde. Die CDU hakte ihrerseits nach mit der Frage, ob Beschwerden gegen die Lehrtätigkeit der Piusbrüder bekannt geworden seien. Die Landesregierung erklärte, dass zu allen nachgefragten Punkten keine Hinweise vorlägen. Was die Lehrtätigkeit betreffe, so würden alle Vorschriften eingehalten und auch bei den außerschulischen Aktivitäten gebe es keine Beweise für Verstöße. Der Vatikan hatte die Bruderschaft in den 70er-Jahren aus der römisch-katholischen Kirche ausgeschlossen. Papst Benedikt XVI. hatte vor wenigen Wochen öffentliche Kritik erfahren, da er die Exkommunikation von Bischöfen der Bruderschaft aufgehoben hatte.

### Erlass zur Haushaltssicherung: Kommunalausschuss diskutierte Folgen

Die Auswirkungen des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ (NKF) auf Maßnahmen zur Haushaltssicherung in notleidenden Kommunen waren Thema im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (stellvertretender Vorsitz Josef Wilp, CDU). Auf Antrag der SPD ging es in einer Aktuellen Viertelstunde um die Fragen, wie der Investitionsbegriff neu definiert und wie die Vermögensveräußerung geregelt werde. SPD und Grüne befürchteten, dass durch beide Maßnahmen – auch mit Blick auf die Konjunkturpakete – Investitionen abgebaut würden. Dies sei gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Lage kontraproduktiv. Das Innenministerium erklärte dagegen, dieser Effekt sei nicht beabsichtigt. Der aktuelle Erlass, der in Zusammenarbeit mit den Bezirksregierungen entwickelt worden sei, fasse lediglich mehrere alte Erlasse zusammen. Auch nach Meinung der CDU sei durch die neuen Regelungen nicht beabsichtigt, Investitionstätigkeiten zu reduzieren.



## Lücken schließen oder Zentren stärken?

### Fachhochschulen vor Ort: Sachverständige zu geplanten Änderungen

12. März 2009 – Insgesamt 23.000 zusätzliche Studienplätze will die Landesregierung bis 2010 in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) an Fachhochschulen schaffen. Ein begrüßenswertes Ziel – das erklärten alle Sachverständigen angesichts doppelter Abiturjahrgänge und hoher Studiauslastung im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE). Über die konkreten Maßnahmen, insbesondere die Neuschaffung von Stand- und Studienorten, gingen die Meinungen jedoch auseinander.

Hans-Jürgen Alt (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebauer) begründete zunächst das große Interesse am MINT-Bereich: „Im Maschinenbau und anderen Wirtschaftszweigen gibt es seit Jahren eine Ingenieurücke und der Bedarf an qualifizierten Ingenieuren ist stetig gestiegen“, so Alt. Zugleich habe sich die Auslastungssituation in den betreffenden Fächern an den Fachhochschulen erheblich verschärft.

Positiv aufgenommen wurde das Konzept der Studienorte von den betreffenden Regionen und der dortigen Wirtschaft. Vertreter der Städte führten aus, die Errichtung neuer Stand- und Studienorte sei eine Perspektive, um den Strukturwandel zu bewältigen. „Die Erfahrungen zeigen, dass Hochschulgründungen und die Einrichtung von Technologiezentren die Voraussetzungen für die Entstehung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze schaffen“, erläuterte

Jörg Hegemann (Stadt Hamm) in seiner Stellungnahme. Problematisch für kleine Städte sei, dass viele junge Menschen für ihr Studium in die Großstädte ziehen müssten. Ansässige Unternehmen hätten zunehmend Schwierigkeiten, Ingenieure zu gewinnen. „Ein hochkarätiges attraktives Studienangebot vor Ort entschärft diese Problematik“, so Wilhelm Coprian (Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH).

Prof. Dr. Ute von Lojewski (Fachhochschule Münster) führte aus, die flächenmäßige Etablierung von Studienangeboten durch das Konzept der Studienorte schaffe auch Anreize für junge Menschen, die aus familiären oder finanziellen Gründen keinen Ortswechsel vornehmen könnten. Die Studienorte könnten zudem weitere berufs- oder ausbildungsintegrierte Angebote offerieren. „Die Hochschulen können flexibel auf wechselnde Bedarfe re-

agieren ohne direkt einen neuen Standort mit aufwendigen Infrastrukturen aufzubauen“, so Lojewski.

Prof. Dr. Hermann Ostendorf (Fachhochschule Niederrhein) warnte hingegen, die flächenmäßige „Zerfaserung“ gehe zulasten einer Stärkung der Zentren: „Vorgesehen an den Studienorten ist die Durchführung von Lehrveranstaltungen – 40 Studenten in einem Raum machen aber noch keine Hochschule aus“, so Ostendorf. Notwendig seien zudem Bibliotheken, Sekretariate und Mensen. Für die Hochschulen und Studentenwerke bedeuteten verschiedene kleine Studienorte einen Mehraufwand und unnötige Doppelstrukturen.

#### DOPPELSTRUKTUREN?

„Insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen hätten wir es begrüßt, statt der Gründungsmaßnahmen den Ausbau der bestehenden Fachhochschulen umzusetzen“, fügte Heinz-Joachim Henkemeier im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Kanzlerinnen und Kanzler der Fachhochschulen NRW hinzu. Mit der Gründung neuer Strukturen fielen Kosten an, die im Rahmen von Ausbaumaßnahmen niedriger ausfallen würden. Die so erzielten Einsparungen hätte man besser für die Kernprozesse Lehre und Forschung einsetzen können, so Henkemeier.

Auch unter wissenschaftlichen und sozialen Aspekten seien kleine Studienorte problematisch, betonte Patrick Schnepfer (Landes-ASten-Treffen NRW). Ein an wissenschaftlichen Standards ausgerichtetes, interdisziplinäres Studium könne dort nicht angeboten werden, die Studierenden müssten zwischen den Standorten pendeln. Dies sei vor allem in den arbeitsintensiven Bachelor- und Masterstudiengängen eine nicht zu vertretende Belastung. „Zudem beeinträchtigen die dezentralen Strukturen die Gremienarbeit und die studentische Selbstverwaltung“, so Schnepfer.

Ähnliche Probleme sah Bernadette Stolle (Landespersonalrätekonzferenz der wissenschaftlich Beschäftigten an den Hochschulen und Universitätsklinika NRW). Den wissenschaftlichen Beschäftigten obliege neben der Durchführung von Lehrveranstaltungen auch wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben. „Die Verbindung von Lehre und Forschung, die gleichzeitig ein Qualitätskriterium darstellt, lässt sich aufgrund der vorgesehenen räumlichen Trennung nur schwer gewährleisten“, so Stolle.

Marie Schwinning

Der Ausschuss hat mittlerweile seine Beratungen zu diesem Thema beendet; der entsprechende Gesetzentwurf wird am 2. April 2009 in zweiter Lesung im Plenum behandelt.

## CDU-Fraktion will Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern ausgleichen



Die CDU-Landtagsfraktion will entschieden gegen die Ungleichbehandlung bei der Entlohnung von Frauen und Männern vorgehen und hat dazu ein Positionspapier erarbeitet. Wissenschaftlichen Berechnungen zufolge bekommen Frauen bei gleicher Arbeit im gleichen Beruf mit gleicher Erfahrung durchschnittlich immer noch zwölf Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

„Unterschiede bei der Bezahlung von Männern und Frauen bei gleicher Arbeit sind in einer modernen Gesellschaft nicht hinnehmbar. Die CDU-Landtagsfraktion spricht sich daher für eine entschlossene Bekämpfung der Unterschiede aus. Wir sehen darin eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe, die ein Zusammenspiel aller beteiligten Akteure erfordert“, heißt es in dem Positionspapier. Soweit Lohnunterschiede von Frauen und Männern nicht sachlich begründet seien, sondern auf Diskriminierung beruhten, müsse dies rechtlich unterbunden werden. Das hierfür notwen-

dige rechtliche Instrumentarium stehe bereits seit vielen Jahren zur Verfügung. Zudem Sorge das Landesgleichstellungsgesetz mit seinen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Einstellung und Beförderung von Frauen dafür, dass im Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich der Landesregierung ein Mehr an Chancengleichheit bei Aufstieg und Einkommen für Frauen erreicht werden könne.

Um ihrem Anliegen Nachdruck zu verleihen, hat die CDU-Landtagsfraktion – allen voran die Abgeordneten Ursula Doppmeier, Andrea Milz, Elke Rühl und Maria Westerhorstmann – eine Postkarteninitiative (sie-

he Foto) gestartet, mit der sie unter dem Motto „Geteilte Macht. Freie Fahrt für gleichen Lohn.“ darauf hinweist, dass Frauen bei gleichem Jobprofil oftmals „weniger in der Tasche“ hätten als ihre männlichen Kollegen. ■



## Ellerbrock: Die Jagdsteuer wird abgeschafft



In Nordrhein-Westfalen wird die Jagdsteuer abgeschafft. Das hat die Koalition aus FDP und CDU vereinbart und bereits einen Gesetzentwurf in das parlamentarische Beratungsver-



fahren eingebracht. Mit der Abschaffung der Jagdsteuer löst die FDP ein Wahlversprechen ein, das sie vor der Landtagswahl 2005 gegeben hat. Holger Ellerbrock, umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, betont: „Die Jagdsteuer ist nicht mehr zeitgemäß und nur noch eine reine Bagatelsteuer.“ Ursprünglich war sie eine Ertragssteuer. Ellerbrock erläutert: „Wer ein Jagdrevier pachtete, konnte daraus früher Überschüsse aus dem Verkauf des erlegten Wildes erwirtschaften. Das hat sich jedoch grundlegend geändert. Heute betragen die Aufwendungen für die Jagd ein Vielfaches der Ertragsmöglichkeiten.“ Zudem übersteigen die Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit das Gesamtaufkommen der Steuer in Höhe von jährlich 8,3 Millionen Euro längst bei weitem. „Die Jäger entsorgen unentgeltlich Verkehrsunfallwild von öffentlichen Straßen, sie verrichten Natur- und Waldpflege sowie Artenschutz. Und mit den Waldschulen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Umweltbildung

unserer Kinder.“ Daher ist die Jagdsteuer aus Sicht der FDP-Fraktion sachlich nicht mehr gerechtfertigt.

Fester Bestandteil des Gesetzes sind konkrete Leistungsverpflichtungen zwischen der Jägerschaft und den Landkreisen, die bislang unverbindlich waren. Für den Fall, dass Leistungen wie die Beseitigung von Verkehrsunfallwild nicht erfolgen, können die Kommunen auf einen Treuhandfonds zurückgreifen, der vom Landesjagdverband eingerichtet wird. „Und damit sich die Kommunen auf den Wegfall der Jagdsteuer einstellen können, wird sie in einem mehrjährigen Abschmelzungsmodell abgeschafft“, sagt Ellerbrock. Die Abschaffung erfolgt danach in drei Stufen: Ab dem Jahr 2010 wird die Erhebung der Jagdsteuer auf 80 Prozent reduziert, ab 2011 werden nur noch 55 Prozent erhoben und 2012 nur noch 30 Prozent. Ellerbrock: „Ab 2013 entfällt die Jagdsteuer dann komplett.“ ■



## Gesine Schwan ist eine starke Frau und eine beeindruckende Persönlichkeit



Gesine Schwan, Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, war am 24. März 2009 zu Gast bei der gemeinsamen Sitzung der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen im Düsseldorfer Landtag. Nachdem der international bekannte Cellist Thomas Beckmann mit dem Stück „Der Schwan“ aus dem Karneval der Tiere von Camille Saint Saens die Veranstaltung im Fraktionssaal der SPD stimmungsvoll einleitete, stellte sich die Bewerberin für das höchste



Staatsamt den Fragen der Abgeordneten und der von der SPD-Landtagsfraktion benannten Mitglieder für die Bundesversammlung am 23. Mai 2009.

Im Anschluss stellte die SPD-Fraktionsvorsitzende Hannelore Kraft fest: „Frau Schwan ist eine starke Frau und eine beeindruckende Persönlichkeit. Sie hat klare Positionen und dabei immer die Menschen mit ihren Talenten, Chancen, Problemen und Nöten im Blick. Sie ist die passende Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin gerade auch im Hinblick auf die aktuelle schwierige Situation, in der wir uns wegen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise befinden. Für sie ist klar, dass diese Krise nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine kulturelle Krise ist. Auf den Prüfstand müssen ihrer Meinung nach auch die Art und Weise, wie wir junge Menschen ausbilden und zu verantwortlichem Handeln erziehen, die Regeln nach denen Markt und Staat miteinander agieren und der allgegenwärtige Wettbewerbsdruck. Diese Ein-



schätzung teile ich voll ganz. Daher drücke ich Frau Schwan für den 23. Mai die Daumen und wünsche ihr und uns viel Erfolg.“ ■

## Grüne Abgeordnete zu Besuch in Verbraucherschutzzentralen



Der diesjährige Weltverbrauchertag stand ganz im Zeichen der Finanzkrise. Denn nicht nur Banken und Firmen sind Leidtragende, auch Verbraucherinnen und Verbraucher sind betroffen: Unzureichende Beratung und Drückermethoden sind nur einige Schwachpunkte, die sichtbar geworden sind.

Die grünen Abgeordneten der Landtagsfraktion besuchten aus diesem Anlass die Verbraucherschutzzentralen im Land, um sich vor Ort ein aktuelles Bild über die Arbeit zu machen und symbolisch grüne Verbraucherschutzschirme aufzuspannen.

Ein solcher Schirm soll als Pendant zum Bankenrettungsschirm die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken, da diese bislang im Regen stehen gelassen wurden. So steht der Schutzschirm für mehr unabhängige Kontrolle des Finanzmarktes, eine starke Verbraucherberatung, umfassende Transparenz und Informationen sowie bessere Verbraucherrechte. Nicht zuletzt soll auch ein



Im Bild der verbraucherschutzpolitische Sprecher Johannes Remmel MdL

unabhängiger Finanzmarkt-TÜV zur Zertifizierung von Finanzprodukten die Transparenz erhöhen.

Besonders die unabhängige Beratung bei den Verbraucherzentralen erfährt viel Zuspruch der Kundinnen und Kunden. Allein die Erste-Hilfe-Hotline zur Finanzkrise wurde im vergangenen halben Jahr mehr als 140.000mal angewählt. Dabei konnten aber nur rund sieben Prozent der Anrufenden tatsächlich beraten werden. Aus diesem Grund bekräftigen die Grünen ihre Forderung nach der sofortigen Schaffung von 20 neuen Stellen für die Verbraucherzentralen vor Ort, auch um diesen Bedarf besser abfangen zu können.

Bereits im November 2008 hat die Grüne Landtagsfraktion einen Antrag zur Stärkung der Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Finanzmarkt gestellt. Zu diesem Antrag fand am 26. März 2009 eine Expertenanhörung im Landtag statt. ■

# „Wir müssen den Markt austrocknen“

## Kampf gegen Kinderpornographie im Internet verstärken

11. März 2009 – Sowohl die Verbreitung als auch der Erwerb und Besitz von Kinderpornographie hat dramatisch zugenommen. So hat sich die Verbreitung kinderpornographischer Inhalte im Internet in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt. Dies wurde in einer öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss unter Vorsitz von Dr. Robert Orth (FDP) deutlich. Als einen Lösungsweg erörterte eine Sachverständigenrunde die Sperrung kinderpornographischer Internetseiten, das sogenannte „Access-Blocking“. Insbesondere ging es um die Wirksamkeit und Effizienz einzelner Sperrmöglichkeiten. Grundlage der Debatte waren die Anträge der Fraktionen der SPD (Drs. 14/7830) sowie der CDU und FDP (Drs. 14/7907).

Wissenschaftliche Untersuchungen als auch kriminalpolizeiliche Erfahrungen haben gezeigt, dass hauptsächlich Personen mit ursprünglich pädosexuellen Interessen Kinderpornographie konsumieren. Laut Auskunft Prof. Dr. Michael Osterheiders (Leiter der Abteilung für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Regensburg) leben in Deutschland etwa 400.000 bis 800.000 Pädophile. Er betonte, dass mit vermehrtem Kinderpornographie-Konsum „auch zuvor nicht straffällige Täter“ zunehmend den Alltagsbezug verlieren und die Interaktion mit Gleichgesinnten zu „einer Art gegenseitiger Bestätigung“ führt. In Anbetracht dieser Tatsache forderte Osterheider den Ausbau therapeutischer Angebote für tendenziell Pädophile.

### FORMEN DER SPERRUNG

Die Sperrung kinderpornografischer Internetseiten mit Hilfe des sogenannten Access-Blocking (einer Zugangssperre) stieß bei den Sachverständigen auf hohe Zustimmung. Derweil werden insbesondere zwei Formen von Sperrmöglichkeiten diskutiert: Erstens die Manipulation von DNS-Einträgen und zweitens die Blockierung der sogenannten IP-Adresse eines Servers. In Bezug auf die Manipulation von DNS-Einträgen machte Jürgen Maurer vom Bundeskriminalamt

Jeder Computer im Internet wird – wie in einem Telefonbuch – über eine weltweit eindeutige „IP Adresse“, die aus einer Aneinanderreihung von Zahlen besteht, gekennzeichnet. Da sich diese IP Adressen schlecht merken lassen, wurde das „Domain Name System (DNS)“ eingeführt, das für die Umsetzung von ‚sprechenden‘, eher gegenstandsbezogenen Rechnernamen in IP Adressen zuständig ist. Bei den Sperren geht es darum, dass der Surfer die angesteuerte Seite nicht erreicht.

(BKA) darauf aufmerksam, dass bislang in einer Reihe von Staaten (Großbritannien, Dänemark, Norwegen) bereits DNS-Sperren zur Sperrung kinderpornographischer Inhalte eingesetzt werden. In Norwegen werden so seit dem Jahr 2004 „täglich 15.000 bis 18.000 Zugriffsversuche“ auf kinderpornographische Webseiten gesperrt. Um die Kinderpornographie im Internet effektiv bekämpfen zu können, forderte der Direktor des BKA für den Bereich des Access-Blocking eine „europäische Lösung“.

Professor Dr. Hannes Federrath von der Universität Regensburg (Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik) merkte allerdings an, dass sich DNS-Sperren faktisch problemlos umgehen lassen: „DNS-Sperre schadet nicht, nützt aber auch nichts“, so Federrath. Als technisch „besser geeignet“ hielt der Wirtschaftsinformatiker das Sperren von IP-Adressen. Dieter Posch vom Landeskrimi-

nalamt (LKA) hingegen bezeichnete das Sperren von IP-Adressen als eine „sehr undifferenzierte Maßnahme“. Bedingt durch die Blockierung der IP-Adresse werden zwar „die inkriminierten Inhalte für den Kunden nicht mehr erreichbar“. Gleichzeitig aber, so Posch, werden den Kunden damit auch „alle anderen auf dem Server angebotenen Inhalte und Dienste“ verweigert.

Angeichts jener Schwierigkeiten stellten Friedemann Schindler (jugendschutz.net) sowie Otto Volmers (Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Dienstanbieter e.V.) fest, dass eine Sperrung auf Access-Ebene zu keiner Beseitigung der Inhalte, sondern lediglich zu einer Erschwerung des Zugangs führe. Nach Ansicht Volmers seien diejenigen, die auf der Suche nach entsprechenden Inhalten sind, „meist auch in der Lage, Sperren zu umgehen“. Trotz der nicht geringfügigen Umgehungsmöglichkeiten hielten aber beide Experten die Umsetzung von Access-Sperren für den richtigen Schritt. Dem schloss sich auch Dr. Guido Brinkel (BITKOM) an und fasste zusammen, dass Zugangshürden trotz Schwierigkeiten „insgesamt ein wichtiges gesellschaftspolitisches Signal im Kampf gegen Kinderpornographie“ darstellen.

Die Juristen Dr. Dieter Frey (Anwalt für Urheber- und Medienrecht) und Axel Stahl (Bund der Richter und Staatsanwälte) bezeichneten das Access-Blocking prinzipiell als sinnvoll. Allerdings erläuterten sie auch, dass die Blockademaßnahmen rechtlich betrachtet vor allem in Bezug auf das Telekommunikationsgesetz sowie Urheberrecht schwer umzusetzen seien. Zugangsbeschränkungen dürften aber keinesfalls dazu führen, „dass die Effektivität der Strafverfolgung leidet, wenn das Problem der Kinderpornographie durch vermeintliche Netzsperrungen aus der öffentlichen Wahrnehmung gerät“.

Gordana Zecic

Der Ausschuss wird die Anhörung spätestens im Mai auswerten (nächste Sitzungen: 22. April bzw. 20. Mai 2009); dabei fließen auch die aktuellen Erörterungen auf Bundesebene mit ein.



## Besuch aus dem Osten der EU

Der litauische Wirtschaftsminister Danius Kreivys (links) und Prof. Dr. Jürgen Gramke, Honorarkonsul der Republik Litauens (2. von links), im Gespräch mit Landtagspräsidentin Regina van Dintther (rechts) und dem Vorsitzenden des Hauptausschusses, Werner Jostmeier.

Foto: Schälte

## Porträt: Hans Theo Peschkes (SPD)



Eine Frage an Hans Theo Peschkes erledigt sich von allein. Egal, ob man ihn zu Hause in Bocholt besucht oder an seinem Arbeitsplatz in Düsseldorf: die nach seinem Lieblingsfußballverein. In seinem Garten weht seit vielen Jahren die Schalcker Fahne und die Sitzcouch in seinem Landtagsbüro zierte eine königsblaue Decke mit den Vereinsinsignien des Revierklubs so akkurat, dass man sich gar nicht traut, sich auf einer solchen edlen Devotionalie niederzulassen. Nicht die schlechtesten Voraussetzungen also für das Amt eines Sportpolitischen Sprechers, das der SPD-Politiker aus dem Münsterland seit seinem Einzug in den Landtag 2005 innehat. Doch täte man Peschkes unrecht, ihn auf den Fußballsport zu reduzieren. Zwar war er in seiner Kindheit zunächst sehr wohl am runden Leder aktiv, wechselte dann aber zum Tischtennis, später zum Segeln und mit Anfang 40 zum Langlauf, wo er es auf beachtliche Leistungen brachte. „Ich gebe zu, ich war damals besessen. Ich habe 14 Marathonläufe bestritten, davon einen in drei Stunden und fünf Minuten. Das konnte sich sehen lassen“, ist der heute 62-Jährige zu Recht stolz beim Rückblick auf die 90er-Jahre. Auch die politische Karriere des Hans-Theo Peschkes ist eine Art Marathonlauf, was vor allem mit seinem Wohnort zusammenhängt. „Das Westmünsterland ist für SPD-Leute nicht sehr karrierefördernd“, räumt der verheiratete Vater von vier erwachsenen Kindern ein. Ebenso wie die Tatsache, dass er seinen im zweiten Anlauf 2005 errungenen Landtagssitz lediglich dem schlechten Abschneiden seiner Partei und dem damit verbundenen Verlust zahlreicher Direktmandate zu verdanken hat. Ein Realismus, der sich aus jahrzehntelanger politischer

Erfahrung auf kommunaler Ebene speist. 40 Jahre ist der gelernte Diplom-Finanzwirt und langjährige Betriebsprüfer in diesem Jahr Mitglied der SPD, in die er wie viele Frauen und Männer seiner Generation über Willy Brandt gekommen ist.

Erstmals in den Rat seiner Heimatstadt kam Peschkes bei den Kommunalwahlen 1975. Dem Kreistag in Borken gehört er seit 1984 bis heute an, der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe seit 1989 bis 2005. Seit 2001 ist Peschkes zudem Stadtverbandsvorsitzender der SPD in Bocholt – und dennoch mit seinen kommunalen Ambitionen noch nicht am Ende. In diesem Jahr tritt er als Kandidat für den Landratsposten im Kreis Borken an. Wohl wissend, dass seine Aussichten ähnlich einzustufen sind wie diejenigen, als Bocholter SPD-Politiker ein Direktmandat für den Landtag zu erringen. Für seine Außenseiterrolle hat der gern mit einem Schuss Selbstironie operierende Politiker folgende Sprachregelung gefunden: „Es ist nicht zwingend, dass der neue Landrat am Ende Peschkes heißt.“ Dass er es auch mit CDU-Politikern kann, insbesondere mit seinem direkten Gegenspieler Hendrik Wüst, daraus macht Peschkes im Übrigen keinen Hehl. Eine seiner Töchter hat mit ihm Abitur gemacht. „Wenn Du schlecht über Hendrik redest, dann wähle ich Dich nicht“, habe sie ihm gedroht. Daran habe er sich auch gehalten, versichert Peschkes, „obwohl uns politisch natürlich Welten trennen.“

Hatte Peschkes in seinen frühen politischen Jahren zunächst seine beruflichen Kompetenzen als Haushalts-, Finanz- und Steuerexperte eingebracht, so steht jetzt als Landespolitiker der Sport im Mittelpunkt. Und da hat er in den bislang knapp vier Landtagsjahren eine ganz neue Erfahrung gemacht. „Es gibt kein Gebiet mit solch umfassender gesellschaftlicher Bedeutung wie den Sport.“ Das reiche vom Kindergarten bis zum Seniorensport, von der maßgeblichen Bedeutung für die Gesundheit bis zur Integration. Und deshalb verfolgt Peschkes auch ein großes Ziel: „Ich möchte, dass der Sport endlich die gesellschaftliche Anerkennung findet, die ihm zusteht.“

Als bekennender Familienmensch mit einem inzwischen zehnmönatigen Enkelkind hat Peschkes auch noch einen großen privaten Wunsch. Noch einmal mit der ganzen Großfamilie wie früher an der französische Atlantikküste in Lacanau bei Bordeaux Sommerurlaub zu machen. Das hätten sich Frau und alle gewünscht. „Drei Jahre arbeiten wir schon an dem Projekt, aber noch hat es nicht geklappt“, bedauert Peschkes. Aber als Marathonläufer weiß er ja nur zu genau, dass man sein Ziel erreicht, wenn man den Willen dazu hat. *Michael Fritsch*

## Harter Brocken für den FCL



Gleich zum Saisonstart 2009 wurde dem FC Landtag NRW mit der Internationalen Auswahlmannschaft des NATO-Verbandes Geilenkirchen/Teveren ein harter Brocken vorgesetzt. Für die zahlreichen Zuschauer aber war das attraktiv, denn es entwickelte sich von Beginn an ein temporeiches, packendes Match. Der FCL mit Präsident Günter Langen, dem Abwehrhünen Sören Link, dem kampfstarken Werner Jostmeier im Mittelfeld, dem feinen Techniker Hubert Kleff auf dem rechten Flügel und Knipser Willi Nowack in der Sturmmitte ließ sich von dem deutlich jüngeren NATO-Team nicht ins Bockshorn jagen. Dennoch konnte man einen Rückstand nicht verhindern. Nun aber nahm die starke Mittelfeldachse des FCL mit Stojan Petrov, Ibi Filinte und René Halverkamps das Heft des Handelns in die Füße. Ibi Filinte glich schnell aus, und der mit untrüglichen Torinstinkt ausgestattete Willi Nowack erhöhte noch vor dem Pausenpfliff auf 2:1 die Parlamentsmannschaft. Leider musste René Halverkamps verletzt ausscheiden, eine Schwächung des Teams. Das machte sich in Halbzeit 2 bemerkbar, zumal das NATO-Team mit neun frischen Kräften auflief. Es war deshalb nicht sonderlich erstaunlich, dass die Soldatenmannschaft nicht nur ausglich, sondern in einem weiterhin spielerisch auf hohem Niveau stehenden Spiel mit 3:2 in Führung ging. Danach aber demonstrieren die agilen Bernd Heimfarth, Werner Mayer und Jupp Föhles ihre kämpferischen Tugenden. Das wurde belohnt: In der Schlussminute schob erneut Ibi Filinte die Kugel zum umjubelten Ausgleich ins NATO-Netz. *Hans Zinnkann*

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw)

Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Geburtstagsliste

Vom 1. April bis 5. Mai 2009

1.4. Weisbrich, Christian (CDU)	67
4.4. Sikora, Gabriele (SPD)	59
4.4. Müller-Piepenkötter, Roswitha* (CDU)	59
5.4. Dr. Romberg, Stefan (FDP)	40
7.4. Brakelmann, Peter (CDU)	51
8.4. Kuhmichel, Manfred (CDU)	66
9.4. Kuschke, Wolfram (SPD)	59
10.4. Dr. Bollermann, Gerd (SPD)	60
11.4. Wirtz, Josef (CDU)	59
11.4. Milz, Andrea (CDU)	46
16.4. Talhorst, Elke (SPD)	64
20.4. Hegemann, Lothar (CDU)	62
20.4. Prof. Sternberg, Thomas (CDU)	57
22.4. Kemper, Heinrich (CDU)	60
23.4. Düker, Monika (Grüne)	46
25.4. Weckmann, Peter (SPD)	57
28.4. Kaiser, Peter (CDU)	43
28.4. Jarzombek, Thomas (CDU)	36
2.5. Deppe, Rainer (CDU)	53
5.5. Löttgen, Bodo (CDU)	50

\* Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

## Ehemalige Abgeordnete\*\*

1.4. Berger, Heidemarie (SPD)	65
7.4. Hinrichs, Jürgen (FDP)	75
7.4. Wischermann, Barbara (CDU)	65
11.4. Mayer, Manfred Ludwig (SPD)	75
13.4. Matthäus, Hildegard (CDU)	75
22.4. Böcker, Annelies (CDU)	70
30.4. Klaer, Werner (SPD)	80
30.4. Krömer, Wilhelm (CDU)	70

\*\* besondere Geburtstage ab 65

## Sonntags geöffnet

An folgenden Sonntagen ist der Landtag für Sie geöffnet:

19. April 2009, 26. April 2009, 3. Mai 2009

Bei Besuchergruppen ab fünf Personen bitten wir Sie um vorherige Anmeldung unter E-Mail: [besucherdienst@landtag.nrw.de](mailto:besucherdienst@landtag.nrw.de) oder Telefon (0211) 884-2955.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW für den 2. April 2009 ein: um acht Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um neun Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

## Zum Europa-Fest am 9. Mai 2009 ...



... laden Landtag und Landesregierung die Bürgerinnen und Bürger des Landes herzlich ein. Zwischen Stadttor und Landtag kann man die europäischen Nachbarn und ihre Kultur kennenlernen sowie sich über EU-Institutionen und ihre Arbeit informieren. Außerdem stehen Europaspezialisten für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Das Ganze wird umrahmt von einem Show- und Musikprogramm von Folklore über Pop bis zur Rockmusik. Ein reichhaltiges Angebot mit Köstlichkeiten aus allen Regionen Europas sorgt für das leibliche Wohl.

### Nacht der Museen

Im Anschluss an das Europa-Fest bieten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtags im Rahmen der „Nacht der Museen“ von 19.30 – 24 Uhr unter dem Obertitel „Die Kunst der Politik“ jede halbe Stunde geführte Rundgänge durch das Landtagsgebäude an (geöffnet ist das Gebäude bis 2 Uhr nachts). Sie sind herzlich eingeladen!